

# Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aussicht“, „Sozialistische Literatur-Aussicht“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Starcke 4/8, durch die Filial-Expeditionen des „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 3 und Neue Graupenstraße 11, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,76 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,16 Rmt. Durch die Post einzahl. Aufteilungsgebühren 2,46 Rmt.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle **Dreslau 2**  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1203, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Amt **Dreslau Nr. 5852.**  
Bankkonto: **Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, III. Dreslau**  
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

**Anzeigenpreis:** Je 1000 Zeichen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Wohnungsangelegenheiten, Besuchs-, Besuchs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Starcke 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Um die Rheinlanddräumung

### Frankreich will seine eingegangenen Verpflichtungen erfüllen.

Paris, 13. Oktober. (Eigener Funkbericht.) „Le Nouvelle“ wendet sich gegen gewisse Presseäußerungen, wonach die Alliierten die Deutschland gegebenen Versprechungen in der Frage der Reduktion der Rheinlanddräumung nicht einhielten. Das Blatt führt aus, daß im Oktober 1925 in Genf die Alliierten dem Reichsinnenminister versprochen hätten, die Reduktion der Rheinlandtruppen von 72 000 auf 60 000 Mann bis zum 1. November d. J. durchzuführen, unter dem Vorbehalt, daß das Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen Mächten am Rhein erhalten bliebe. Frankreich würde auf Grund dieses Versprechens eine Truppe um rund 8000 Mann herabschaffen. Die französische Regierung habe dagegen in Ausführung dieser Zusage nur 5000 Mann zurückgezogen, und es sind also bis zum 1. November dieses Jahres noch 3000 Mann zurückzuziehen. Die Zurückziehung dieser Truppen geht nur stufenweise vor sich, und es dürften in einzelnen Abteilungen über die Ausführungen der französischen und alliierten Versprechungen entstehen, so lang nicht das von den Alliierten festgesetzte Datum vom 1. November d. J. erreicht ist. Seltensfalls werden die Alliierten und insbesondere Frankreich in Aussicht genommenen Verpflichtungen nachkommen.

## Die Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes

beschäftigte sich am Mittwoch vormittag mit der Frage der Unfallverhütung der Hafenarbeiter. Der englische Regierungsvertreter Wolfe und der englische Arbeitgebervertreter Watson beantragten, daß erst eine Schiffsahrtskommission mit der Prüfung dieser Frage beauftragt werde. Das I.A.A. ist jedoch der Auffassung, daß die Frage im Zusammenhang mit den Unfallverhütungsmassnahmen überhaupt behandelt werden müsse.  
Hermann Müller-Lichtenberg, der Vertreter der deutschen Arbeitnehmer, wies darauf hin, daß es neben der Hafenarbeit auch in anderen Gewerbebezügen zahlreiche Arbeiter gebe, die schwere Lasten tragen. Deshalb müsse die Frage in Verbindung mit der Unfallverhütung im allgemeinen behandelt werden. Dubegeest und Jouhaux und ebenso Ministerialdirektor Dr. Sichter vom Reichsarbeitsministerium stimmten der Auffassung Müllers zu. Die Tagung beschloß, nach dem Vorschlag des I.A.A. zu verfahren und damit war der Vorstoß der englischen Sozialreaktionäre zurückgewiesen.

Berlin, 12. Oktober. Es liegen, wie den Blättern mitgeteilt wird, jetzt genauere Nachrichten über Truppenreduzierungen der Engländer und Belgier vor. Aus dem englisch besetzten Gebiet wird mitgeteilt, daß Ybstein frei werden soll und daß aus Diesbaden und Dohheim Truppen zurückgezogen werden sollen. In einer Gesamtzahl von etwa 1000 Mann. Ebenso liegen Nachrichten vor, daß die Belgier ihre Truppen um etwa eine gleiche Zahl verringern werden.

## Der Rat der Volkskommissare für die Abberufung Katowis.

Paris, 13. Oktober. (Eigener Funkbericht.) Die „Volants“ meldet aus Moskau, daß gestern der Rat der Volkskommissare der auswärtigen Angelegenheiten unter dem Vorsitz von Tschitscherin getagt und ein Memorandum als Antwort auf die französische Note in der Katowki-Angelegenheit ausgearbeitet hat. Diese Antwort wird morgen der Sowjetregierung zur Billigung vorgelegt und dann der französischen Regierung weitergeleitet werden. In derselben tritt der Rat der Volkskommissare für die Abberufung Katowis ein. In den Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland sollen aber dadurch keine Komplikationen eintreten. Als Nachfolger Katowis wird der gegenwärtige Geschäftsträger in Tokio, Tschibowitsky, vorgeschlagen.

## Weitere Ausschüsse aus der kommunistischen Partei Rußlands

Moskau, 12. Oktober. „Pravda“ veröffentlicht einen Beschluß des Präsidiums der Zentral-Kontrollkommission der kommunistischen Partei der Sowjetunion, wonach Brodskaschewski, Kerebrjatow und Scharow aus der Partei ausgeschlossen werden wegen Organisierung einer nach ihren eigenen Angaben parteiunabhängigen Geheimdruckerei, die in Moskau unlängst aufgedeckt worden ist.

## Der bulgarisch-südslawische Konflikt.

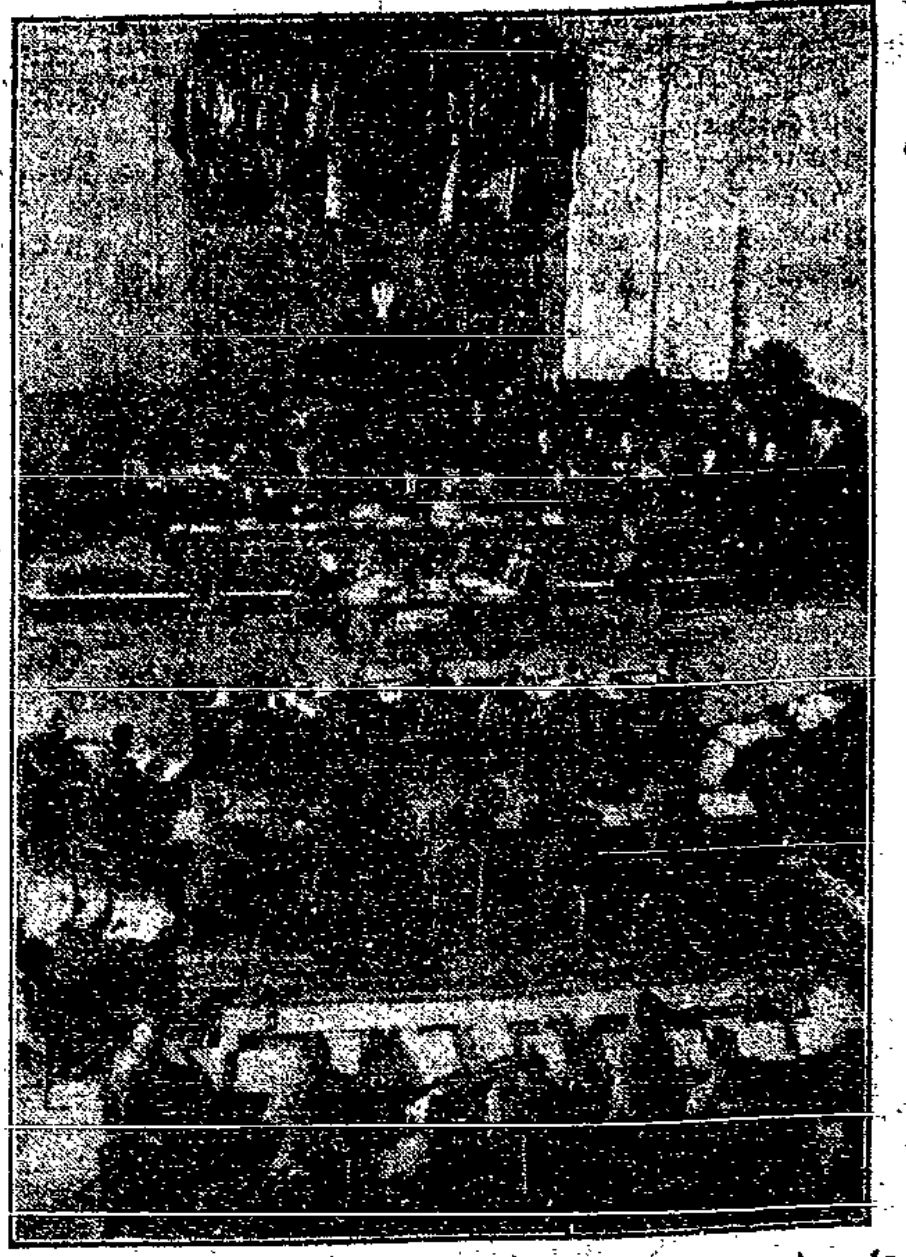
Eine bulgarische Erklärung zum Ausnahmestand.  
Der bulgarische Ministerpräsident erklärte gegenüber den Pressevertretern, daß der Ausnahmezustand lediglich zur Sicherung des inneren Friedens verhängt worden sei. Demgegenüber verurteilt gerüchweise, daß der Ausnahmezustand nach Verhängung des französischen und englischen Gesandten in Sofia verhängt wurde. Die Gesandten sollen übrigens auch am Dienstag wieder offiziell geworden sein und zur Unterbindung gewisser Grenzverletzungen gemahnt haben. In Belgrad sind angeblich ähnliche Vorstellungen erhoben worden.

## Belgrad, 13. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Die jugoslawische Regierung hat seit Mittwoch die Sperrung der Grenzen gegenüber Bulgarien angeordnet. Diese Maßnahme auf neu, von den Komitatshäusern vollführte Zwischenfälle zurückzuführen.

## Wahlvorbereitungen der Minderheiten in Polen.

Obgleich der Termin für die Sejm-Auslösung und die Wahlen unbekannt ist und die Angaben der Linkspresse über die bevorstehende Auflösung des Sejms am 30. November bemerkt werden, beginnen bereits die ersten Wahlvorbereitungen. Bei den nationalen Minderheiten ist starke Neigung vorhanden, den verhängten Wahlblock zu erneuern. Zu diesem Zweck fand gestern eine Konferenz mit längerer Aussprache statt. Bei den jüdischen Gruppen sind noch gewisse Schwierigkeiten zu überwinden, da sie solche sehr weitgehende Ansprüche der orthodoxen Juden noch nicht angenommen haben. Grundständig wurde aber der Wahlblock angenommen. Zwischen dem jüdischen Reich und dem über den Wahlblock verhandelnden jüdischen Reich sind noch einige Punkte zu klären. Zwischen dem jüdischen Reich und dem über den Wahlblock verhandelnden jüdischen Reich sind noch einige Punkte zu klären.



In den Unfallverhütungsausschuss wurde als Sachverständiger der Referent für Gewerbehygiene vom Reichsarbeitsministerium, Ministerialrat Dr. Bauer, gewählt. Für die Mitarbeit im Ausschuss, der die Eingeborenenfrage behandelt, wurde Professor Chamberlain von der Columbia Universität (New York) gewählt. Für die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrats von 24 auf 32 fehlt, wie der Direktor Thomas mitteilte, noch immer die Zustimmung einer Reihe der zur I.A.A. gehörenden Staaten.

Die Zahl der Ratifikationen hat sich neuerdings erhöht; sie beträgt nunmehr 244. Neben der vom Reichsarbeitsminister mitgeteilten Ratifizierung des Uebereinkommens über den Matrosen durch Deutschland sind noch zwei deutsche und fünf belgische Ratifizierungen zu verzeichnen.

Am Mittwoch nachmittag besuchte der Verwaltungsrat die Siemenswerke und das Deutsche Arbeiterklub-Museum. Am Abend fand eine Festvorstellung im Staatlichen Schauspielhaus und daran anschließend ein Empfang beim preussischen Wohlfahrtsminister statt.

## Die Unterzeichnung der Verträge über die polnische Anleihe.

Warschau, 13. Oktober. Heute nach wurde das erste der Abkommen über die polnische Anleihe, nämlich das Abkommen über den Anteil der Unterzeichneten, durch das amerikanische Bankensyndikat unterzeichnet. Der Anleihevertrag selbst wird

## Eine völlig neue Übung.

Der Reichsinnenminister nimmt dem Reichskanzler die Verantwortung ab.  
Der deutschnationale Reichsminister des Innern hat der Redaktion des „Vorwärts“ mit der Bitte um Abdruck, folgenden Brief übermittelt, den er am Mittwoch an die Redaktion des „Jungdeutschen“ gerichtet hat:  
„Auf die Angriffe gegen den Herrn Reichskanzler wegen seiner Erklärung im Reichstag über Herrn v. Trescow spreche ich die Bitte aus, nach Möglichkeit die Person des Herrn Reichskanzlers aus dem Streit der Erörterungen herauszulassen. Der Herr Reichskanzler hat die betreffende Erklärung auf Grund von Unterrichtung durch mich und eine andere Stelle abgegeben. Ich stelle daher anheim, entsprechende Presseartikel gegen mich zu richten.  
Eine Äußerung zur Sache muß ich im übrigen vor der Verhandlung zweiter Instanz ablehnen.“  
Der „Vorwärts“ schreibt dazu: „Daß Marx eine Erklärung abgegeben hat, um seinen schwer bedrängten Bürgerblockkollegen v. Reußell zu bedenken, und daß er von diesem falsch unterrichtet worden war, ist uns nicht neu. Neu ist uns dagegen, daß ein Reichsminister dem Reichskanzler die Verantwortung für seine Äußerungen abnehmen kann.  
Herr v. Reußell nimmt aber dem Reichskanzler nicht nur die Verantwortung ab, sondern auch die Entscheidung. Zum mindesten versucht er, die Ehrenerklärung, die der Reichskanzler dem zu Unrecht von ihm angegriffenen Herrn v. Trescow längst schuldet, durch den Hinweis zweiter Instanz zu verhindern.  
Herr Marx, der sich auf einer Reise durch das besetzte Gebiet befindet, hat sich zu dieser Angelegenheit noch nicht geäußert. Der Entschluß, Herrn v. Trescow unter formaljuristischen Vorwänden die Genugtuung zu verweigern, stammt nicht von ihm, sondern von Herrn v. Reußell, der damit in seiner eigenen Sache zu seinen eigenen Gunsten entschieden hat.“

Der deutschnationale Reichsinnenminister hat den an den „Jungdeutschen“ gerichteten Brief neben dem „Vorwärts“ auch allen anderen Berliner Zeitungen in Abschrift zugehen lassen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß die „Germania“ heute nicht einmal inhaltlich von diesem Brief Notiz nimmt.

## Das Reichsschulgesetz in den Reichsratsausschüssen.

Die zweite Lesung des Reichsschulgesetzes in den Ausschüssen des Reichsrats hat, wie mehrere Blätter mitzuteilen wissen, eine wesentliche Veränderung insofern gebracht, als nicht nur die Änderungsanträge der preussischen Regierung, sondern auch eine Reihe noch weitergehender Anträge Sachsens und einiger kleinerer Länder angenommen worden sind. Es handelt sich hierbei vor allem um eine schärfere Fassung der Vorschrift, wonach die Gemeinschaftsschule unbedingt als Regelschule gelten soll und ferner um die Streichung des kirchlichen Aufsichtsrechts über den Religionsunterricht. Schließlich wurde das Verlangen Sachsens angenommen, daß es ebenfalls einen erhöhten Schutz für die Simultanschule genießen soll. Die Blätter glauben jedoch nicht, daß in der Plenaritzung des Reichsrats am Freitag diese radikalere Fassung des Gesetzesentwurfes Annahme findet, sondern vielmehr im wesentlichen die Fassung mit den preussischen Änderungsanträgen. Eine von den süddeutschen Ländern beabsichtigte Antragung der Wiederherstellung der Regierungsvorlage hat nach Ansicht der Blätter ebenfalls keine Aussicht auf Annahme in der Vollversammlung. Sollten die Dinge diese Entwicklung nehmen, so wird nach Ansicht der Blätter die Reichsregierung die Einbringung einer Doppelvorlage im Reichstag nicht vermeiden können.

## Die Aufwertungsforderungen der Kleinrentner.

Berlin, 12. Oktober. Der Reichsarbeitsminister hat Mittel zur Verfügung gestellt, durch die Kleinrentnern die Möglichkeit gegeben werden soll, noch nicht fällige Aufwertungsforderungen unter gewissen Bedingungen durch Verkauf oder Beifügung der Forderungen schon jetzt zu vermerken. Da die für die Maßnahmen bereitgestellten Mittel nur beschränkt sein können, wird bei der Prüfung der Anträge ein strenger Maßstab angelegt werden müssen. Aussicht auf Bewilligung haben daher nur besonders bedürftige Kleinrentner. Anträge sind an die Landesstellen der Kreditgenossenschaft zu richten, deren Anschriften im einzelnen bei den Fürsorgestellen erfragt werden können.

## Sie haben nicht geringe Angst.

Die aus letzter Wahlzeit entstandenen Behauptungen, daß der preussische Ministerpräsident beabsichtige, zum Preussischen Landtag früher wählen zu lassen, als es vorgesehen ist, hat glatt erwidert. Nach dem Ausgang der letzten Wahlen an der Waijerkante und in anderen Teilen des Reiches ist es immerhin verständlich, wenn die Deutschnationalen und Volksparteiler heute schon Gespenster sehen.



# Marx im Putschstempel.

Der Prozeß des Jungdeutschen Ordens-Mitgliedes v. Trescow gegen den Major Badide, der am Sonnabend wegen üblicher Nachrede zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, hat erstere politische Hintergründe, als sie der Prozeßbericht erkennen läßt.

Der Prozeß führt zurück in jene Zeit des Frühjahrs 1920, als Reichsleiter sehr ernsthaft den Plan einer „nationalen Diktatur“ erwogen, die nach ihrer Ansicht der Reichsverfassung v. Hindenburg auf Grund des Artikels 48 der Verfassung angeblich legal, in Wirklichkeit durch Staatsstreich hergestellt sollte. Diese Pläne sind schon einmal — allerdings auch damals nicht restlos — ans Licht gebracht worden, nämlich in dem Verfahren, das sich vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig wegen des Verboles der Verbände „Wiking“ und „Olympia“ im Frühjahr d. J. abspielte. Man erfuhr damals von den Führer-Konventikeln, in denen die „nationale Diktatur“ vorbereitet würde und andererseits auch etwas von der Einwirkung einflussreicher Personen auf den Reichspräsidenten — eins der dunkelsten Kapitel in dieser dunklen Angelegenheit, über das Herr v. Trescow am besten der Öffentlichkeit Auskunft geben könnte.

Natürlich machten auch in Leipzig die als Zeugen vernommenen Verbandsführer v. Lutz, v. Sodenstern usw. den Versuch, ihren Diktaturplan als legales Unternehmen hinzustellen. Von dem Vorsitzenden in die Enge getrieben, mußte aber v. Sodenstern schließlich zugestehen, daß in dem Pläne auch die Hoffnung auf ein verfassungswidriges Verhalten des Reichspräsidenten (s. B. auf die von der Verfassung verbotene, wiederholte Auflösung des Reichstages) inbegriffen war. Es konnte also kein Zweifel bestehen, daß es sich bei der „legalen Diktatur“ in Wirklichkeit um einen hochverräterischen Staatsstreich handelte.

Ein dritter Staatsstreich wurde auch in der Neumark vorbereitet, einem Junkerparadies, das von einer kleinen Zahl Großgrundbesitzer beherrscht wird, unter denen der jetzige deutsche nationale Reichsinnenminister v. Reubell eine besondere Rolle spielt. Ein Major Badide erhielt den Auftrag, eine kriegsstarke Kompanie im Kreise aufzustellen, um, wie er jetzt in der Verhandlung zugestehen mußte, die bei Einführung der Diktatur erwarteten Arbeiterunruhen niederzuschlagen. Es sollte also eine Putschtruppe im vollen Sinne des Wortes sein zur Bekämpfung der verfassungstreuen Elemente, Herr v. Trescow als Führer des „Jungdeutschen Ordens“ im Kreise Armee wurde von Badide aufgefordert, sich mit seiner Organisation an dieser Truppenbildung zu beteiligen, wobei Major Badide behauptete, im Auftrage des Reichswehrministeriums zu handeln. v. Trescow aber kam die Sache nicht geheuer vor, er erkundigte sich durch General von Salzenberg, den Mittelmann des „Jungdeutschen Ordens“, beim Reichswehrministerium, ob dieses tatsächlich hinter dem Treiben von Badide stünde, und erfuhr, daß dies nicht der Fall war. Daraufhin lehnte v. Trescow namens des „Jungdeutschen Ordens“ die Beteiligung an dem Unternehmen des Majors Badide ab.

Dies war für die neumarckischen Junker Grund genug einen politischen und gesellschaftlichen Vernichtungsfeldzug gegen Herrn v. Trescow ins Werk zu setzen. Aus der selbstverständlichen Erkundigung beim RWM wurde ein „Vertrauensbruch“ konstruiert, auf Grund dessen die gesamte Großgrundbesitzerchaft den gesellschaftlichen Boykott über v. Trescow verhängte. Was dies auf dem Lande bedeutet, weiß jeder. v. Trescow wurde offiziell durch Beschluß ausgeschlossen, aus keinem anderen tatsächlichen Grunde, als daß er eine Reichsbehörde von Hochratsplänen in Kenntnis gesetzt hatte. Zu den Personen, die am Zustandekommen dieses Boykottbeschlusses direkt beteiligt waren, gehörte der Rittergutsbesitzer v. Reubell, der ehemalige Landrat des Kreises Königsberg, der nach dem Rapp-Putsch wegen seines bekannten Verhaltens an der Jäderöder Oberbrücke usw. zur Disposition gestellt worden war. Diesen selben Herrn v. Reubell präsentierten dann, als der Bürgerkrieg geboren wurde, die Deutschnationalen als Reichsinnenminister und der Reichskanzler Marx akzeptierte ihn. Als nun gleich darauf die Enthüllungen über v. Reubells politische Vergangenheit einsetzten, als die gesamte republikanische Presse darauf hinwies, daß dieser Mann unmöglich zum Hüter

der Verfassung bestellt werden könne, da war es wiederum der Reichskanzler Marx, der sich schließend vor den märkischen Junker stellte.

In dem Anlagematerial gegen den neugeborenen Innenminister spielte der Fall Trescow eine wichtige Rolle. Denn er ergab, daß v. Reubell sich an der gesellschaftlichen Achtung und Vernichtung dieses Mannes nur deshalb beteiligt hatte, weil dieser die Beteiligung an einem hochverräterischen Unternehmen angefragt und wegen dessen Charakter beim Reichswehrministerium angefragt hatte. Diese Tatsache allein mußte genügen, um v. Reubell als Innenminister für das Zentrum unmöglich zu machen, wenn es nicht seinen republikanischen Charakter von Grund auf verleugnen wollte. Da aber erklärte Herr Marx: er sei nach Prüfung des Materials zu dem Ergebnis gekommen, daß tatsächlich v. Trescow sich eines „schweren Vertrauensbruchs“ schuldig gemacht habe. Zwar war Herr Marx, wie jetzt bekannt, bereits zu diesem Zeitpunkt eine vollkommen richtige Darstellung des Sachverhaltes vom „Jungdeutschen Orden“ zugegangen; er hatte sie aber unbeachtet gelassen, um sich desto einseitiger auf ein ihm von rechts zugekommenes „Material“ zu stützen, über dessen Inhalt und Herkunft er bis heute noch nichts hat verlauten lassen.

Jetzt aber stellt das Schöffengericht im Prozeß v. Trescow gegen Major Badide — und das ist seine eminente politische Bedeutung — unzweideutig fest, daß von einem Vertrauensbruch des Herrn v. Trescow bei dem angegebenen Sachverhalt nie und nimmer die Rede sein kann, da Herr v. Trescow mit seiner Anfrage lediglich seine selbstverständlichen Pflicht als Staatsbürger nachgetommen ist. Der vom Reichs-

kanzler übernommene Vorwurf des Vertrauensbruchs ist nichts anderes als eine sehr einfache Situation: er muß, wie dies jeder Ehrenmann an seiner Stelle täte, den öffentlich gegen Herrn v. Trescow erhobenen Vorwurf des Vertrauensbruchs zurückweisen, sich schuldig und zugestehen, daß man ihn irreführt hat.

Aber das menschlich Einfache ist hier zugleich das politisch Schwere, denn diese Erklärung des Reichskanzlers würde zugleich die politische Beseitigung seines Ministers v. Reubell und das Zugeständnis bedeuten, daß v. Reubell tatsächlich im Jahre 1920, in dem er den moralisch ungültigen Boykott gegen v. Trescow mitmachte, das Treiben der Diktaturmacher begünstigt hat. Daher sehen wir jetzt die unerquidlichen Versuche des Reichskanzlers Marx, sich um die notwendige Ehrenerklärung für Herrn v. Trescow unter Vorwänden herumzubringen, die einen ebenbürtigen wie hilflosen Eindruck machen. Herr Marx will die zweite Instanz abwarten, obwohl die Feststellung des Sachverhaltes in erster Instanz so eindeutig war, daß unmöglich noch irgendeine Änderung in zweiter Instanz zu erwarten ist. Herr Marx opfert also sein eigenes moralisches Ansehen, um die unrettbare Position seines deutschen nationalen Ministerkollegen v. Reubell noch einige Zeit — vielleicht bis zu den nächsten Wahlen zu halten. Er erntet damit die Frucht, die jeder ernten muß, der sich mit jenem doppelzüngigen Deutschnationalen verbindet, deren Lippenbekenntnisse zur Verfassung im schroffen Widerspruch zu ihren Taten stehen. Durch sein Bündnis mit den Deutschnationalen ist der Reichskanzler Marx in das Netz der Putschisten gegangen, und in diesem Netz sieht er jetzt fest.

# Unwetter- und Ernteschäden vor dem Landtag

## Die Landwirtschaft bricht wieder einmal zusammen — sagen die Deutschnationalen.

Die Mittwochsitzung des Landtages wurde in der Hauptsache ausgefüllt durch die gemeinsame Beratung von circa 20 Anträgen und Interpellationen, die von den einzelnen Parteien zur Binderung der durch Hochwasser und Unwetter in den verschiedensten Teilen Preußens angerichteten Schäden eingebracht waren. Die Deutschnationalen zeigten dabei nicht wenig Lust, die Debatte darüber zu einer großen Aussprache über die Not der Landwirtschaft zu machen. Die an sich gewiß berechtigten Klagen der in den einzelnen Gebietsteilen durch Unwetter und Wasser Geschädigten über mangelnde Hilfe benutzten die Herren von rechts, gewaltig über die Not der deutschen Landwirtschaft zu stöhnen, die natürlich wieder einmal kurz vor dem völligen Zusammenbruch steht. In der Aussprache, an der sich die Vertreter aller Parteien beteiligten, kennzeichneten die beiden Redner der Sozialdemokratie Jürgensen und Peters-Hochdenn das taktlose Benehmen der großgrundbesitzenden Interessenten, die aus der Notlage der gewiß hilfbedürftigen kleinen Landwirte Kapital für die „notleidende Landwirtschaft“ zu schlagen suchten. Selbstverständlich mußte den durch Unwetter Geschädigten, die vielfach vor dem Zusammenbruch stehen, so schnell als möglich geholfen werden. Die Sozialdemokratie wird es als eine Ehrenpflicht betrachten, zu helfen. Aber mit aller Deutlichkeit wurde den Herren von rechts auch gesagt, daß die bei diesem Anlaß wieder gestellte Forderung auf Erhöhung des Kontingentes ausländischer Wanderarbeiter auf den entchiedenen Widerspruch der Sozialdemokratie stoßen wird. Die zur Hilfe der durch Wetter- und Wasserkatastrophen auf dem Lande Geschädigten gestellten Anträge wurden schließlich dem Hauptauschuß überwiesen.

die Tagesordnung zu sehen, erheben die Deutschnationalen Widerspruch. Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein und überweist ohne Aussprache die von den Sozialdemokraten und Deutschnationalen gestellten Anträge über den Ausbaubau des Straßensystems dem Hauptauschuß. Es folgt die gemeinsame Beratung von 20 Anträgen und großen Anfragen, die von den einzelnen Parteien über die Unwetter- und Ernteschäden in den verschiedensten Teilen Preußens eingebracht sind. Nach der Begründung der Anträge durch die Antragsteller, in der namentlich die deutschnationalen Redner aus der Schädigung einzelner Landesteile eine allgemeine Notlage der Landwirtschaft zu konstruieren suchen, nimmt in der allgemeinen Aussprache das Wort:

**Abg. Jürgensen (Soz.):** Nach dem Ergebnis der amtlichen Statistiken und nach agrarischen Presseäußerungen muß man die Klagen der Herren von rechts und des Landbundes über die Not der Landwirtschaft als weit übertrieben bezeichnen. Selbstverständlich ist durch Unwetter großer Schaden angerichtet worden; in den einzelnen Landesteilen konnte durch die Masse die Ernte nur mit großer Verzögerung heringebracht werden. Es versteht sich von selbst, daß die Sozialdemokratie alles tun wird, um die so zu Schaden gekommenen zu entschädigen. Aber es ist unbedeutend, aus der Notlage einzelner Gebietsteile Rückschlüsse in bezug auf eine allgemeine Notlage der Landwirtschaft zu ziehen. Uns liegen Klagen vor von kleineren Landwirten über die Schädlichkeit der Schuttschicht auf Getreide und Futtermittel auch für die Landwirtschaft selbst. Die deutschnationalen Forderungen auf Erhöhung des Kontingentes der ausländischen Wanderarbeiter lehnen wir im Interesse der deutschen landwirtschaftlichen Arbeiter ganz entschieden ab. (Bravo! bei den Soz.)

**Abg. Wilsberg (Dnat.):** Die Sozialdemokratie betrachtet die Lage der Landwirtschaft nur durch die Parteilinse. Die Notlage der Landwirte, hervorgerufen durch Unwetter und Hochwasser, ist ungeheuer groß. Die Ernteerträge so gut sind, wie im Herr Jürgensen schilderte, bestreiten wir. Das Kontingent der ausländischen Wanderarbeiter muß erhöht werden, da es für die Landwirte sehr schwer ist, zum Tariflohn inländische Erwerbslose für die Erntearbeit zu bekommen. **Abg. Rosingh (Ztr.):** Ist der Ansicht, daß die Schäden auf dem Lande individuell festgestellt und behandelt werden müssen. Die Ernteerträge seien durchweg nicht so günstig, wie es der Abg. Jürgensen hinzustellen versuchte. Ein weiteres Herabdrücken des Kontingentes der ausländischen Wanderarbeiter würde für die Landwirtschaft katastrophal sein. **Abg. Dr. Schiltan (D. Sp.):** Ist der Ansicht, daß die Hochwassererträge sich noch auf lange Zeit auswirken werden. Die

**Berlin, 12. Oktober. (Eigener Bericht.)** In der Mittwochsitzung des Landtages gab Präsident Bardeleben zunächst die Mandatsniederlegung des Abg. Art. Kreuzberg (D. Sp.) bekannt. Dann beantragte Abg. Krefz (Komm.) zur Geschäftsordnung eine kommunizierende Interpellation über die Stellung der preussischen Regierung zum Reichsaufgebot und Kontingent als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Abg. Fall (Dem.) widerspricht. Da der Widerspruch eines Abgeordneten genügt, kann der kommunizierende Antrag nicht behandelt werden. — Gegen einen weiteren Geschäftsordnungsantrag der Kommunisten, ihre Interpellation über den Bergarbeiterstreik in Mitteldeutschland auf

# Der falsche Prinz.

Leben und Abenteuer von Harry Dornela.  
Im Gefängnis zu Köln von ihm selbst geschrieben.  
Januar bis Juni 1927.  
Copyright 1927 by Rallé-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

34) (Nachdruck verboten.)  
Eines Tages — ich hatte bei einigen Anzeigen gelassen und volle fünfzig Mark verdient — lies ich in einer Spelunke von St. Pauli. Neben mir am Tische Matrosen, die um Geld spielen, quers mit dem Würfelspieler, dann mit Karten. Eine Dame, die bei ihnen sitzt, spricht mich an: „No, kleiner, warum denn so allein? Versuch mal dein Glück. Hast du Geld? Dann mal los!“ Ich konnte zwar das Spiel, um das es ging, nicht ablesen, aber ich wollte nicht recht. Wenn ich gewonnen, konnte ich in die letzten Häubel hineinkommen. Da begannen die Matrosen mich zu zeigen. Ich fragte sie, ob sie auch einen Verlust verzeichnen könnten, ich möchte keine Feindschaft mit ihnen haben. Da verurteilten sie mich als Heuchler, brüsten sich, sie hätten Geld wie Heu. So setzte ich mich zu ihnen. Nach ein paar Stunden habe ich mein Geld verdoppelt. Am nächsten Abend zieht es mich mit unheimlicher Gewalt wieder in das Lokal. Auch an diesem Abend habe ich Glück. In den nächsten Tagen siehe ich jedoch vor, die Kneipe zu meiden. Ich suche eine andere, bessere auf, in der keine Matrosen zechen; spiele auch hier, bessere Gewinne, gewinnen. Was hat mich der Spielstempel ganz erregt? Ich merke gar nicht, wie ich auf dem besten Wege bin, abzuweichen, mich in dieser dunklen Welt heimlich zu fühlen. Immer wieder greife ich zu den Karten. Das Glück verläßt mich nur selten. Inzwischen war es recht kalt geworden. Auf der Nordseite tobten furiose Stürme. Regenböden gingen mit einer Gewalt herab, wie ich es nie für möglich gehalten hätte. Spranghüben überquerten die ganze Stadt. Wenn ich mit der Hochbahn ins Stadthaus fahre, ich ich fast nur Wasser unter mir. Der Sturm zieht so, daß ich mich oft kaum auf den Beinen halten konnte. Selbst den Hauptmarkt würde es unheimlich. In Nächten hatten sie ein kaltes Unwetter nicht mehr erlebt. Ich merke gar nicht, wie ich mich in dieser dunklen Welt heimlich zu fühlen. Immer wieder greife ich zu den Karten. Das Glück verläßt mich nur selten. Inzwischen war es recht kalt geworden. Auf der Nordseite tobten furiose Stürme. Regenböden gingen mit einer Gewalt herab, wie ich es nie für möglich gehalten hätte. Spranghüben überquerten die ganze Stadt. Wenn ich mit der Hochbahn ins Stadthaus fahre, ich ich fast nur Wasser unter mir. Der Sturm zieht so, daß ich mich oft kaum auf den Beinen halten konnte. Selbst den Hauptmarkt würde es unheimlich. In Nächten hatten sie ein kaltes Unwetter nicht mehr erlebt.

jeden Anweils wollte mir niemand einen Rat verabfolgen. Zudem hätte ich in den Kneipen St. Pauli trübe Schilderungen der Not deutscher Auswanderer in Argentinien. Auch dort schien es also nicht besser zu sein. Da konnte ich ja auch in St. Pauli bleiben, wo es sich noch einigermaßen leben ließ. Nur dieses Unwetter vor früh bis spät! Es war schauerhaft! Auf einmal dachte ich an Schwedenland, an eine kleine Landbesitzenschaft. Gerade jetzt mochte der Herbst dort das Raub hant färben. Hier waren in den letzten Tagen alle Blätter von den Bäumen gewirbelt worden. Das Unwetter raste durch die Straßen. Und dann — ich hatte inzwischen begriffen, daß es nicht immer Glück war, wenn ich im Spiel gewann. Ehrenmänner mit seltsamen Wünschen wollten mir offenbar dadurch näherkommen. Ich versuchte, mir etwas zu denken, aber ich dachte nur an mich. „Bringt mich wieder um.“ Da ich aber damit eher das Gegenteil erreichte, und weil das Wetter mich verirrte, packte ich kurzerhand meine Sachen und fuhr nach Schweden.  
Ich stehe im Schnellzug nach Frankfurt-Basel. In eine Ecke gedrückt, schaue ich an den Fenstern. Mein einziger Kamerad hat das Licht abgedreht und schlafend in regelmäßigen Zügen. Der Regen klaut gegen die Scheiben. Nichts als der monotone Takt der Räder und Kläfen. Hamburg liegt hinter uns in Dunkelheit und Nebel. Wir haben das freie Feld erreicht. Der Sturm heult zum Entsetzen. Es ist mir keltisch zumute, so ungewisse Dunkel der Nacht hinauszufliegen. Ich fühle mich von einer unheimlichen Gewalt fortgerissen. Wohin? — Wie der Zug in die Nacht hineinkriecht, so war auch mein Leben verlaufen. Das Heimat und Elternhaus in die Fremde gerissen, hatte ich recht und links Lichter aufblenden und mich leuchten lassen. Aber jetzt ist die Dunkelheit unheimlich. Ich merke gar nicht, wie ich auf dem besten Wege bin, abzuweichen, mich in dieser dunklen Welt heimlich zu fühlen. Immer wieder greife ich zu den Karten. Das Glück verläßt mich nur selten. Inzwischen war es recht kalt geworden. Auf der Nordseite tobten furiose Stürme. Regenböden gingen mit einer Gewalt herab, wie ich es nie für möglich gehalten hätte. Spranghüben überquerten die ganze Stadt. Wenn ich mit der Hochbahn ins Stadthaus fahre, ich ich fast nur Wasser unter mir. Der Sturm zieht so, daß ich mich oft kaum auf den Beinen halten konnte. Selbst den Hauptmarkt würde es unheimlich. In Nächten hatten sie ein kaltes Unwetter nicht mehr erlebt.

Als ich in Heidelberg anlangte, war das Wetter noch trübe, doch nach Hamburg und Frankfurt, nach dem Lärm der Straßen und dem Getöse der Schienenstränge, nahm mich diese kleine, entzückend gelegene Stadt sofort gefangen. Ich ging am Neckar entlang. Rings standen die Berge in mattblauen Schattungen. Ein leichter, durchsichtiger Nebel strich um alles. Breitt war das Schloß über der Stadt in den Dampf hineingelagert, so daß es nur in ganz sanften Umrisen zu sehen war. Ich ging durch die Stadt, dann den Burgberg hinauf. Überall alter, zerbrochener Sandstein, von Fleu umwachsen. Der Weg war mit buntem Laub bedeckt. Wenn ich die Augen hob, sah ich vor mir die Trümmerstätten der Burg, gesprengte Mauern und Winkel, leere Fensterhöhlen. In der letzten Krümmung des Weges überhüllte ich einen alten Herrn. Sein Gesicht war von der Anstrengung des Steigens gerötet. Die Haare fielen ihm in schlafwachen Mähnen nach hinten. Er trug eine uralte grüne Welsche und hielt einen Schapphut in der Hand. Ich grüßte ihn und sprach ihm an: „Kun, es wird Ihnen wohl schwer, so den Berg hinauf zu kommen?“ Darauf er: „Was tut's? — Ist doch gesund.“ Wandern erhält so jung. Ich geh' so den Tag zweimal herum und herunter.“ Während er sprach, kniff er ein Auge zu, so daß er auf den ersten Blick einäugig erschien. Mit einem Grug ging ich weiter und hatte ihn gleich aus dem Auge verloren.  
Ich trete in den Burggarten ein. Traumhafte Stille umfing mich. Ich gehe dahin, den Blick verkommen auf Wall und Rutine gerichtet, verunken in die Romantik dieses Märchengartens. Ein süßer Duft von abfallendem, welkendem Laub umschmeißelt meine Sinne. Ich gehe an mentigen Menichen vorbei. Auch sie sind still, als ob sie davon zurückschrecken, durch lautes Sprechen die Vergangenheit hier aufzurufen. — als ob sie empfänden, mit ihren Lauten, lebendig und fremd, diese sichtbar gemordete Vergangenheit auch aufzuwecken. — Eine lang zugepeicherte Sehnsucht überkommt mich, ich weiß nicht, wonach.  
Im Burghof. Voll Staunen wendet mein Auge nach Gemäuer zu Gemäuer. Ich wage gar nicht mehr aufzutreten. Jeder Schritt hallt auf dem Steinpflaster des Hofes und schallt das Schweben. Eine vom Schicksal umwehte, wehmütige Stimmung liegt über dem Ganzen. Immer umfängt mich dieser süße Duft. Wo sind die Zeiten geblieben, da aus diesen Höfen hier, aus diesen Türbögen die Kesseln ausgegossen sind, als das Halten und Drängen einer lebhaft bewegten Menge, Gewand der Menschen und Gemäuer der Kasse die hohen Mauern füllte?  
(Fortsetzung folgt.)



Ernterträge seien durchweg schlecht und die Landwirtschaft ver-  
schuldet. Den Landwirten müsse mit Anstandslosigkeit geholfen  
werden.

Abg. Hoffmann (Komm.) tritt für die auf dem Lande ge-  
schädigten kleinen Gutsbesitzer ein.

Abg. Peters-Hochdorn (Soz.):  
Wie sind bereit, die durch Unwetter und Wasser angerichteten  
Schäden, die wohl den Zusammenbruch einzelner landwirtschaft-  
licher Unternehmungen herbeiführen können, so schnell als  
möglich zu beheben. Aber es liegt durchaus keine Veranlassung  
vor, die Notlage zu verallgemeinern, wie es die Deutschnatio-  
nalen tun. Wenn es in einzelnen Fällen nicht gelungen ist, Er-  
werbslose aus der Stadt zum Tariflohn auf das Land zu bringen,  
so liegt das daran, daß der landwirtschaftliche Tariflohn viel  
zu niedrig ist. Wenn die Vertreter der agrar-  
ischen Interessen von rechts sich endlich dazu  
aufrufen würden, in dieser Hinsicht menschen-  
würdige Zustände zu schaffen, so könnte die  
Schwierigkeit der ausländischen Wander-  
arbeiter für unsere deutsche Landarbeiter  
schnell beseitigt werden. (Beifall bei den Soz.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Dermietel  
(Nat.), Jacobi-Kassau (Ztr.) und Heesch (Dem.)  
schließt die Aussprache. Die Anträge werden dem Haupt-  
ausschuß überwiesen. — Hierauf verläßt sich das Haus. Nächste  
Sitzung Donnerstag, mittags 12 Uhr: Beratung der vom Staats-  
ministerium durch Notverordnung erlassenen Ausführungsbestim-  
mungen zum Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrank-  
heiten, die sogenannte Fliegen-Notverordnung der  
preussischen Regierung vom 11. August, sowie ein  
Antrag, betreffend Seuchenbekämpfung im Waldenburger Gebiet,  
zwei kommunistische Anträge über den Bergarbeiterstreik im  
Mitteldeutschland und die Entlassung von Bergarbeitern im  
Bergarbeiter-Riedinghausen, die aber ohne Aussprache an die Aus-  
schüsse gehen sollen.

### Der Reichstag tritt am 18. Oktober zusammen.

Der Reichstag tritt am Dienstag zu einer kurzen Tagung  
zusammen. Nach dem Willen der Reichsregierung und der  
Bürgerblockparteien soll er sich nur mit dem Reichshulgesetz und  
der Befehlsordnung beschäftigen. Die Sozialdemo-  
kratie verlangt dagegen eine Erörterung über die wirt-  
schaftlichen und sozialen Notstände. Sie hat daher die fol-  
gende Interpellation eingebracht:

„Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Konjunktur ist  
durch verschiedene Maßnahmen der Wirtschaftspolitik der Reichs-  
regierung bedroht. Neue Erschütterungen der Wirtschaft durch  
weitere Steuererhöhung, Senkung der Reallohne, Er-  
schwerung der Lebenshaltung aller Konsum-  
menten und Steigerung der Not der Rentner  
sind unumkehrbar, wenn nicht unverzüglich Maßnahmen ge-  
troffen werden, die ein weiteres Ansteigen der Preise ver-  
hindern und die Erhöhung der Einkommen fördern.“

1. Welche Maßnahmen sind von der Reichsregierung ge-  
plant, um die Gefahren abzuwehren, die durch die hohen  
Zinssätze und die Kapitalnot in Deutschland ent-  
standen sind, und um den erforderlichen Kapitalstrom aus dem  
Ausland zu gewährleisten? Ist die Reichsregierung bereit, dafür  
zu sorgen, daß Anleihen öffentlicher Körper-  
schaften (Länder und Gemeinden) nach den gleichen Ge-  
richtspunkten behandelt werden wie private Auslands-  
anleihen? Hat die Reichsregierung Sicherheiten dafür ge-  
schaffen, daß die Finanzierung des notwendigen Woh-  
nungsbau nicht in Frage gestellt wird durch eine  
Überprüfung des ausländischen Kapitalmarktes für diesen in hohem  
Grade produktiven Zweck?

2. Ist die Reichsregierung bereit, durch die Beschleunigung  
und Erweiterung der in Aussicht gestellten Aktion zur Sen-  
kung der Zölle, durch den Abschluß von Handelsver-  
trägen, insbesondere mit Polen, und durch Bekämpfung der  
Auswüchse der Kartelle ein weiteres Ansteigen der  
Preise, vor allem für Nahrungsmittel, zu ver-  
hindern?

3. Ist die Reichsregierung bereit, mit allen geeigneten  
Mitteln (auch durch eine vorübergehende Lohnpolitik in  
den Reichsbetrieben) darauf hinzuwirken, daß den Arbeitern und  
Angestellten der Privatwirtschaft sowohl ein Ausgleich für  
die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung als  
auch ein Anteil an den Nationalisierungsgewinnen gesichert  
wird?

4. Ist die Reichsregierung bereit, die ihr von Unternehmern  
seitens zugunsten der Maßnahmen abzulehnen, die eine weitere  
Aufwärtsentwicklung der Löhne abtrotzen sollen?

5. Ist die Reichsregierung bereit, zum Ausgleich der  
Leuerung eine Erhöhung der sozialen Rendite vorzu-  
nehmen und auch die übrigen Fiskusempfänger vor weiterer  
Beschlebung ihrer Lebenshaltung zu bewahren?

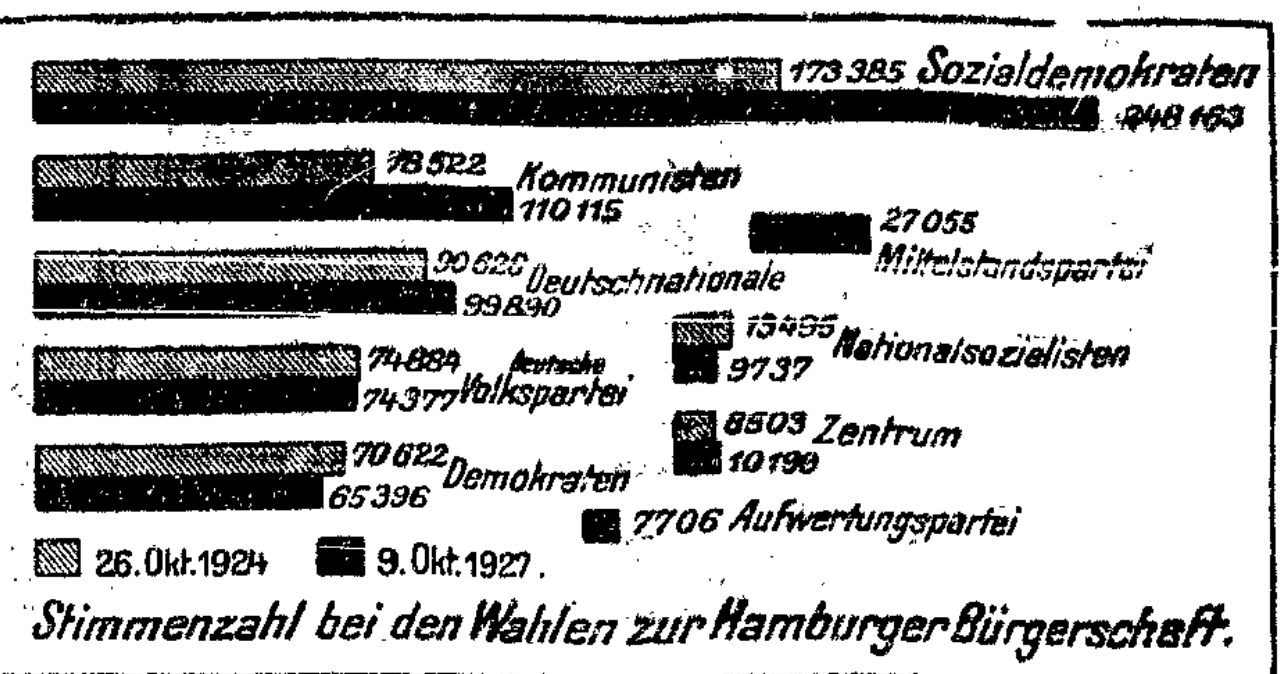
6. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die  
Kriegskassen der Schwerindustrie zu betämpfen, die  
nicht nur die Lohnansprüche der Arbeiter und Angestellten be-  
schneiden sollen, sondern auch den Kampf gegen die Durchführung  
der am 1. Januar 1928 eintretenden gesetzlichen Neurege-  
lung der Arbeitszeit dienen?

Wahrscheinlich Interpellation hat die Sozialdemokratie noch  
einen Gesetzentwurf zur Ermäßigung der Lohn-  
steuer eingebracht. Er verlangt die Erhöhung des steuerfreien  
Einkommens von 100 Mark monatlich auf 140 Mark  
monatlich. Dadurch steigen die Freibeträge für Verheiratete  
auf 150 Mark, mit einem Kind auf 160 Mark, mit zwei Kindern  
auf 180 Mark, mit drei Kindern auf 200 Mark, mit vier  
Kindern auf 250 Mark, mit fünf Kindern auf 300 Mark. Der  
Gesetzentwurf soll mit dem 1. Januar 1928 in Kraft treten.  
Das Verlangen der Sozialdemokratie nach Erhöhung der steuer-  
freien Beträge gründet sich auf das Gesetz zur Bekämpfung  
des Auskommens aus der Lohnsteuer das der Reichstag im  
Herbst 1925 einstimmig beschlossen hat. Es sieht vor, daß die  
Lohnsteuer ermäßigt werden muß, wenn ihr Ertrag in zwei auf-  
einander folgenden Vierteljahre den Betrag von je 300 Mil-  
lionen überschritten hat. Diese Voraussetzung ist durch das  
Steigen der Erträge der Lohnsteuer erfüllt.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichs-  
tagsfraktion, der sich am Mittwoch mit der politischen Lage  
und der kommenden Tagungsperiode des Reichstags beschäftigte,  
beschloß, die Sozialdemokratische Reichstags-  
fraktion zu einer Sitzung am Dienstag, den 18.  
Oktober, vormittags 10 Uhr, zusammenzubekommen. Gegenstand  
der Beratung wird die Stellungnahme zur Gesamt-  
politik der Reichsregierung sein. Stoff genug ist vor-  
handen. Die Fraktion wird sich darüber schloß, zu machen  
haben, in welcher Art sie die zahlreichen Gesetzentwürfe in der  
inneren und auswärtigen Politik, die zur Kritik An-  
laß geben, zu behandeln gedenkt. Man braucht nur der Fülle  
der Aufgaben nur die Länderversammlung und ihre Aus-  
wirkung auf die internationale Situation des Reiches, den Fall  
Trescow-Max, die monarchistischen Kundgebungen  
der größten Regierungspartei und einzelner ihrer Minister, den  
Fliegenstreik und einiges andere heranzugreifen, um die  
Tiefe der Gegensätze zwischen der Sozialdemokratie und der  
Politik der Reichsregierung zu erkennen.

Wahrscheinlich wird die bürgerliche Mehrheit des Reichs-  
tags am Donnerstag entscheiden, die auf eine Woche befristete  
Tagungsperiode zu verlängern, so daß die Aussprache über unsere  
Belange nicht vor November erfolgen kann. Die Entscheidung  
wird dann aber nicht vorläufig sein.

Der frühere Berliner Oberbürgermeister Dr. Adolf Wermuth  
ist am Mittwoch abend nach vierzigem Krankenlager an einer  
Lungenentzündung verstorben.



Stimmzahl bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft.

### Die geplante Pensionserhöhung.

Die Vorlage über die Erhöhung der Bezüge der Pen-  
sionäre, Wartegeldempfänger und Beamtenhinter-  
bliebenen, die jetzt dem Reichsrat zugegangen ist,  
bringt zu dem bisher maßgebend gewesenen Grundgehalt mit  
Wirkung ab 1. Oktober folgende Zuschläge: Bis 1800 Mark  
25 Prozent, von 1800 bis 3600 Mark 22 Prozent, von 3600 bis  
5400 Mark 18 Prozent, von 5400 bis 7200 Mark 16 Prozent und  
von 7200 bis 9000 Mark 12 Prozent. Der hierbei sich als neues  
Grundgehalt ergebende Betrag ist auf volle Reichsmark aufzu-  
runden. Für die nach dem Versorgungsrecht in der  
Eingangsgruppe verbliebenen Altersversorgungsberechtigten werden  
die vorstehenden Hundertsätze um 5 (also auf 20, 27, 24, 21 und  
17 Prozent) erhöht. Zu dem erhöhten Grundgehalt wird der  
Wohnungsgeldzuschlag nach der bisherigen Tarifklasse hinzu-  
gerechnet. Der Frauenzuschlag wird nach den bis zum 30. Sep-  
tember geltenden Vorschriften gewährt, ebenso erhalten die  
Pensionäre oder Rentner neben dem Wartegeld, Ruhegehalt und  
Witwengeld Kinderzuschläge nach den für die im Dienst befind-  
lichen Beamten geltenden Vorschriften. Nach denselben Vor-  
schriften empfangen ledige Waisen die Kinderzuschläge bis zum  
vollendeten 21. Lebensjahre, wenn Witwengeld nicht zu zahlen ist.  
Verheirateten weiblichen Wartegeld- und Ruhegeldempfängern  
werden Kinderzuschläge für gemeinsame Kinder nur gewährt, wenn  
der Ehemann diese nicht unterhalten kann.

### Romödianten.

Die Hamburger Kommunisten haben an die Vorstände der  
Hamburger Sozialdemokratie und der Gewerkschaften einen Brief  
geschickt, in dem als Voraussetzung für die Unterstützung eines  
rein sozialistischen Senats vierzehn Forderungen auf-  
gestellt werden. Wir weisen nicht daran, daß die Hamburger  
Sozialdemokratie auf dieses heuchlerische Machwerk die richtige  
Antwort finde und dafür bei der Arbeiterschaft auf Verständnis  
stoßen wird.

### Der Stadtbankstandal in Halle.

Kaufmann Schröder ein Betrüger in Großformat —  
aber deutschnational.

Die seit Monaten schwebende Untersuchung über den  
Stadtbank-Standal in Halle ist nunmehr abgeschlossen  
und die Anklageakten, die nicht weniger als 300 Druckseiten  
umfaßt, den Angeklagten zugestellt worden. Unter ihnen steht  
an der Spitze der deutschnationalen Direktor der Stadt-  
bank, Berger. Der zweite Hauptangeklagte ist der deut-  
schnational Kaufmann Karl Schröder, der im Jahre 1922 in  
Halle ein Geschäft gegründet hat. Er wählte die Freundschaft  
des Stadtbankdirektors zu gewinnen und erhielt dann, ledig-  
lich durch Wechsel gebot, Kredite, die innerhalb weniger Monate  
auf 250.000 Mark anwuchsen. Als eine Revision zu befürchten  
war, gründete Schröder in Berlin eine Möbelgesellschaft, auf die  
er dann die Wechsel umschrieb. Dabei handelte es sich um eine  
keine Scheingründung. Später ließ sich der Stadtbank-  
direktor durch eine hervorragende Heirat mit einer reichen  
Erbin verheiraten. Obwohl der künftige Schwiegervater bei  
Direktor Berger über Schröder Auskünfte eintrug und dem  
Schwiegerjohn angeblich ein wertvolles Auto schenkte, handelte  
es sich auch hierbei nur um Bluff und Schwindel, mit  
denen Schröder arbeitete, um sich weiter über Wasser zu halten.  
Der deutschnational Stadtbankdirektor Berger aber trotz  
wieder auf den Reim seines deutschnationalen Freundes.  
Der unter deutschnationaler Leitung stehenden Stadt-  
bank Halle kostete dieses Geschäftsgebahren deutschnationaler  
„Ehrenmänner“ über eine halbe Million Mark. In der deut-  
schnationalen Presse, vor allem in der „Schlesischen Tages-  
post“, ist von alledem natürlich kein Wort zu lesen.

### Das bayrische Finanzjelen.

Große Finanzschwierigkeiten Bayerns durch eigene Schuld.

München, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der  
bayrische Finanzminister hielt im Bayerischen  
Landtag, der am Montag zu seiner letzten Session zu-  
sammentrat, eine längere Rede, wobei ihm die Verhandlungen  
während der letzten Wochen mit dem Reichsfinanzminister als  
Grundlage dienten. Nach den Darlegungen des Ministers hat  
Bayern zurzeit eine Staatsschuld von 335 Millionen  
Mark, für die es ab 1929 pro Jahr 34 Millionen Mark  
Zinsen zu zahlen hat. Dazu kommt jetzt noch durch die Be-  
schleunigung der jährlicher Wehrbedarf im Etat von  
58 Millionen Mark. Darüber hinaus werden die bayrischen  
Gemeinden mit 36 Millionen Mark belastet. Da die Einnahmen  
des bayrischen Staates sich nicht mehr erhöhen lassen, sondern  
im Gegenteil Steuerausfälle zu befürchten sind und über die  
Wehrverweigerung an der Reichswehr für Bayern infolge der  
preussischen Einmarsch nur noch ein Staatszuschuß zu er-  
warten ist, bleibt nur eine Drosselung der Ausgaben  
übrig. Hierauf machte Dr. Schmeltz den Vorschlag, die  
im Haushalt von etwa 2,5 Milliarden zu machen, vermindert es  
aber, ziffermäßige Angaben über die Einsparungen anzugeben,  
die sich durch die geplante Vereinfachung erzielen läßt. Trotz  
der Drosselung bleibt aber ein entsprechend hoher Zahlbetrag,  
dessen Deckung nur auf dem Wege möglich ist, daß das Reich dem  
Land neue Einnahmen eröffnet. Die bayrische Regierung  
hat aber im Reichsrat neuerdings eine Änderung des Finanz-  
ausgleichs beantragt, die dahin geht, den Anteil der Länder an  
der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 75 auf 80 Prozent  
zu erhöhen und gleichzeitig den sogenannten Ertragsquoten  
(§ 85 des Finanzausgleichsgesetzes) von 20 auf 10 Prozent  
herabzusetzen.

In diesem Zusammenhang sprach Dr. Schmeltz ein-  
gehend über seine Verhandlungen mit dem Reich  
wegen der Entschädigung für die von Bayern an das Reich ab-  
getretenen Eisenbahnen, Post und die Gewinn- und  
Zollerwartung. Die Verhandlungen wegen der Kohlenförderung  
sollen vollständig beendet sein. Die Schuld daran habe  
Berger. Er verlangt für den Fall, daß Bayern und Württem-  
berg die 275 Millionen Mark von Württemberg für ihre  
Kohle verlangen, vom Reich für seine Eisenbahnen und für die  
Post von Württemberg verloren. Bayern ebenfalls auf-  
fordert zu werden. Dazu erklärte sich aber das Reich un-  
bereit. Bei der Beratung der Eisenbahnabfindung fragte das  
Reich die Hauptstädte, denn das Reich würde sich nur bereit, den  
Eisenbahnbesitzern für den Rest ihrer Abfindung (nach Weg-  
nahme der ehemaligen mit übernommenen Staatsschulden) Stäm-

### Der Ruf nach Uns in Hamburg.

Die Hamburger Bürgerschaft  
wählen haben der Sozialdemokratie  
einen großen Erfolg gebracht; sie  
konnte zehn neue Mandate gewinnen.  
Unter Statistik zeigt die Zahl der  
für die einzelnen Parteien abgegebenen  
Stimmen von 1927 und 1924. Auch  
die Hamburger Wahlen sind ein  
Thermometer, an dem die politische  
Stimmung der Bürgerschaft abgelesen  
ist. Die 70.000 neu gewonnenen Stim-  
men der Sozialdemokratie in Ham-  
burg und die am selben Tage bei den  
Stadterordnetenwahlen in Königs-  
berg erfolgte Verdoppelung der so-  
zialdemokratischen Stimmzahl sind  
ein glänzender Aufschwung zu den Reichs-  
tagswahlen von 1928.

### Belohnung für reaktionäre Haltung.

Der Potsdamer Oberbürgermeister Kaufher  
bekommt von der Stadt Repräsentationsraum.

Die Stadterordnetenversammlung der Stadt Potsdam hat  
am 9. September den Beschluß gefaßt, ihrem Oberbürgermeister  
Kaufher zwei Zimmer seiner in der Drangerie für ihn vom Staat  
gemieteten Wohnung zu einem Repräsentations-  
Speisesaal auszubauen. Die Kosten für den Umbau sind mit  
12.000 Mark veranschlagt. In der Stadterordnetenversammlung  
hat der Führer der deutschnationalen Fraktion, Rechtsanwalt  
Urbundt erklärt, man wolle durch diesen Ausbau den Ober-  
bürgermeister Kaufher für sein Verhalten in der  
Fliegenfrage belohnen.

In einer „kleinen Anfrage“ im Preussischen Land-  
tags erinnert nun die Sozialdemokratische Fraktion  
daran, daß Oberbürgermeister Kaufher gegenwärtig ein monat-  
liches Gehalt von 1400 Reichsmark zuzüglich einer Gehalts-  
aufbesserung von 250 Reichsmark ab 1. Oktober, insgesamt also  
1650 Mark beziehe. Die Stadterordnetenversammlung habe  
wiederholt in politisch einseitiger Weise städtische  
Mittel für Organisationen verwendet, die im diametralen Gegen-  
satz zur heutigen Staatsform ständen. So zum Beispiel für die  
Bewirtung des „Stahlhelm“ am Stahlhelmtage 5000 Reichs-  
mark, für die des „Gewerk“ 2000 Reichsmark, für andere  
Rechtsorganisationen 1200 Reichsmark. Dem Reichsbanner  
aber wurde für dessen Tagung am 8. Oktober d. J. die  
erbetene finanzielle Unterstützung verweigert.  
Die Sozialdemokratie erkläre in den Beschlüssen der Stadt-  
verordnetenversammlung und der Zustimmung des Magistrats zu  
diesen eine bewusste Verschwendung städtischer  
Mittel, die angesichts der in Potsdam herrschenden großen  
Wohnungsnot unverständlich erscheinen werden könnten.

Das Preussische Staatsministerium wird daher gefragt: Hat  
es von den Beschlüssen der städtischen Körperschaften Kenntnis  
erhalten, und was gedenkt es zu tun, um diese Ver-  
schwendung städtischer Mittel zu inhibieren?

### Aus dem Reich.

Die Reise des Reichszanlers Dr. Marx und des Reichs-  
außenministers Dr. Stresemann nach Wien, die für Oktober vor-  
gesehen war, ist nunmehr auf Mitte November verschoben worden.  
Marx redet weitere schlechte Einblicke hinweg. Der Reichs-  
kanzler traf am Dienstag auf seiner Rheinreise in Mainz  
ein. Auch dort wurden wieder große Reden gehalten.

Zwei neue Gesetzentwürfe im Reichstag. Dem Reichstage ist  
jetzt der Gesetzentwurf über das Luftverkehrsabkommen zwischen  
dem Deutschen Reich und Großbritannien zugegangen. Ferner  
ist ein Gesetzentwurf über das Abkommen mit Polen über die  
Verwaltung der die Grenze bildenden Straße der Wartje dem  
Reichstage vorgelegt worden.

Beantworte Deffentlichkeit bei Disziplinarverfahren gegen  
richtiger Beamte. Die Landtagsfraktion der Deutschen  
Demokratischen Partei hat beschlossen, zu dem Gesetzentwurf  
betreffend Änderung des Gesetzes über die Dienstvergehen der  
Richter, der bezweckt, bei den Disziplinarverfahren bei den richter-  
lichen Beamten die öffentliche Verhandlung einzuführen, in dem  
zukünftigen Ausschuss des Reichstages zu beantragen, daß auch bei  
dem Disziplinarverfahren der richterlichen Beamten die Deffente-  
lichkeit der Verhandlung eingeführt werden soll.

Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr zwischen Deutsch-  
land und Litauen. Zwischen der Litauischen Regierung  
und dem Regierungspräsidenten in Lita wurden über persönliche  
Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr neue Abmachungen ver-  
einbart, die einen sehr liberalen Fortschritt darstellen und zahlreiche  
Klagen über das bisherige System Rechnung tragen. Das neue  
Abkommen tritt am 1. November in Kraft und kann beiderseits  
nach dreimonatiger Kündigung außer Kraft gesetzt werden.

Weitere Verbote von Versammlungen der KPD in Witten-  
berge. Auf Grund des vorläufigen Verbotes aller Versammlungen  
und Kundgebungen der KPD, und des Fortwährens von Kampfer  
bundes in Wittenberge, verbot die Kommunisten den be-  
absichtigten Zweck durch Versammlungen der roten Hilfe und der  
Internationalen Arbeiterhilfe zu erreichen. — Jetzt sind auch diese  
Versammlungen verboten worden.

### Kleine Auslandsnachrichten.

Wiederum ein russischer Botschafter ernannt. Die  
Berliner ukrainischen Blätter melden, daß der Geheimrat  
Nachtigall (Purlos) ernannt sei. Er gehörte früher der  
Rechtsdemokratischen Partei an, ist aber jetzt ausgetreten.  
In der ukrainischen Presse werden nun wieder  
gemacht, daß die Russen den Kommunisten unheimlich geworden  
sind und daß man in ihren Kreisen wieder die Besorgnis über dieses  
gescheiterte Verbot empfinden könnte.

Neue Pläne der Kommunisten in Litauen. Einige Litauer  
wollen erfragen haben, daß die Kommunisten ihre geheime Arbeit  
nicht mehr weiter betreiben wollen. Es soll sogar ge-  
plant werden sein, den bereits vor Jahren nach Litauen  
verbannten Kommunistenführer Kucelis zum Ge-  
heimrat zu machen, der für die Litauer Kampfer und Arbeiter  
zu kämpfen. Seine Ernennung hat aber noch keine  
Tatsache. In der Litauischen Presse wird die Ernennung  
1928 würde im Falle seiner Ernennung für die Litauer  
Folgen haben. Infolgedessen ist ein Führer ein auf dem Gebiet  
der Geheimtätigkeit speziell bekannt. Kommunisten können  
gemacht werden. Es enthält die die Verhandlung, während die  
Verhandlungen auf Litauen betreffen können.



**Stadttheater**  
 Donnerstag  
 10.30 bis geg. 12.30  
 4. Ab. Wolff Serie  
**Don Carlos.**  
 Freitag  
 20 bis nach 22 Uhr  
 4. Ab. Wolff Serie  
**Die Schneider  
 von Schönan.**  
 Sonnabend  
 10.30 bis 12.40 Uhr  
**Sturms Hochzeit.**

**Schauspielhaus.**  
 Operettenabende.  
 Tel. Stephan 36308.  
 Täglich 20 Uhr:  
**„Die  
 Königin“**  
 Sonntag 19<sup>1/2</sup> Uhr  
**Drei arme  
 kleine Mädel“**

**Oper-Theater.**  
 Tel. Ring 6774, 6701.  
 Täglich 20 Uhr:  
**Singende  
 Galkenvogel**  
 Drama von Upton Sinclair.  
 Inszenierung: Paul Benary.  
 3692

**Lieblich**  
 Theater  
 Tel. Stephan 346 46  
 Täglich 20 Uhr.  
 Haben Sie schon  
**Powers Riesen-  
 Tanz-Elefanten**  
 Die Sensation d. großen  
**Oktober-Programms**  
 1000er Programm v. 50 Pl. an  
 Jeden Sonntag 10.30 Uhr:  
**„Die 12 Könige“**  
 Voll. Progr. in versch. Sprachen.

Inserate erzielen in  
 der „Vollswacht“  
 den größten Erfolg

# Ganz ohne Frage!

Wohl noch zu keiner Zeit waren wir in den Stand gesetzt, dem Verlangen seitens unserer verehrten Kundschaft nach umfangreichster Auswahl demmaßen zu entsprechen wie jetzt zum Quartal und als überwältigend muß unsere **Leistungsfähigkeit angesprochen werden!** Und das erfreulichste dabei:

## Von Teuerung gar keine Spur!

Verlassen Sie sich darauf,  
**der rechte Weg führt Sie  
 zu uns!**



# Phoenix Schuh G.m.b.H.

Das Haus der Vertrauens-Qualitäten  
**Gneisenastraße 4, am Gneisenauplatz.**  
 Haltestelle Linie 9, 10, 11, 24. 10011

# Wurstschneider

Landleberwurst . . . Pd.	1.00	Lungenfett . . . . . Pd.	1.10
Preßwurst . . . . . Pd.	1.00	Rauchspeck . . . . . Pd.	1.30
Knoblauchwurst . . . Pd.	1.00	Rauchrippchen . . . Pd.	1.30
Hannov. Mettwurst Pd.	1.20	Wurstschmalz . . . Pd.	0.60
Jagdwurst . . . . . Pd.	1.40	Spitzbeine . . . . . Pd.	0.30
<b>Wiener Würstchen 1 Paar 0.15</b>			

**Bräuer's Festsäle**  
 Jablitzstraße 22  
 Tel. Paul Graeser  
 Jede Donnerstags sowie jeden Sonntag:  
**Gesellschaftstanz**  
 Saxo-Jazz-Orchester 9806

**Leinwandhaus  
 Gotthard Völkel**  
 aus Lautenbach :: Gegründet 1885  
**Spezialhaus für Leinen  
 und Baumwollwaren**  
 Beste Qualitäten in  
 feinsten Inletts  
 Damen- u. Herrenwäsche  
 Berufskleidung jeder Art  
 in bester Ausführung  
**Friedrich-Wilhelm-Str. 51  
 und Albrechtstraße Nr. 56**

Große Auswahl! Billige Preise!  
**Schwarze Paletots mit Samttragen**  
 neu und gebräut  
**Stroben-Mäntel**  
 Mantelherren - Piloten

**MÖBEL**  
 Küchenkompl. 7-8 Stk. von 55.00 Mk. an  
 Tischgarnitur 2-3 Stk. von 35.00 Mk. an  
 Stuhlsetzungen . . . von 25.00 Mk. an  
 Futonbetten . . . . . von 1.50 Mk. an  
**Biener & Dörig**  
 1000 und Möbel in jeder Art  
 Marktstraße 107 und Wobersbergweg 12/20

Zum Verkauf gestellt  
 ein Posten zurückgesetzter aber  
 sehr guter  
**Wintermäntel 15.-**  
 auch für starke Frauen  
**M. Berger Nachfolger**  
 Eigenfabrikation. Obianer Straße 80.

**Jedem 1 Fahrrad  
 1 Grammophon  
 1 Radio**  
 Abzahlung ganz nach Wunsch.  
 Große Auswahl, auch in Platten.  
**R. Mühle & Sohn**  
 Farnsteinstraße 55, Nähe Farnsteinstraße

3000 Fäden  
 Krankheiten und Leiden rufen An Laue  
 meist eine Ursache  
**Harnsäure**  
 Durch Harnsäure verdicktes Blut ergibt schwere  
 Gesundheitsstörungen, die folgende Krankheiten  
 verursachen:  
 Reuma, Gicht, Gelenk, Nerven, Adrenalin-  
 krankheit, Fettleibigkeit, Fieber, Entzündung,  
 Bluthochdruck, Herzkrankheiten, Diabetes,  
 offene Beine, Nervosität, Schlaflosigkeit  
 u. v. a.  
 Das ist die Ursache!

**Nr. 0**  
 (Für Kinder)  
 Nur echt in  
 schwarzer  
 Packung!

**Waldflora**

entweder radikal Diet und Coenbe, oder die  
 Heilkräfte der ersten Arzneimitel, und Ein-  
 flussnahme wie Leber und Niere, befreit die  
 Tätigkeit der Nieren so wichtigen Organ und  
 wirkt - ohne zu schaden - es im Sinne  
 einer durchgreifenden Reinigung, der  
 menschlichen Erde durch welche wieder  
 Leben, Gesundheit, Glückseligkeit, Ruhe und  
 Genuß geboten. Schädliche Säuren nach  
 wenigen Wochen wieder in Kilometer weit  
 und verrichten schwere Arbeit.

**Kein Tee! Reines Naturprodukt!**  
 Die Harnsäure-Waldflora-Naturprodukte sind in  
 Apotheken, Drogerien und Lebensmittel-  
 Geschäften zu haben. Verlangen Sie dies oder direkt von  
 uns.

**GEORG RICH. PFLUG & CO.**  
 Carlstr. 11, Dresden

**Reste**  
 in Serge, Mittel, Seidenwand,  
 Hermelinfutter u. Koffhaare  
 sehr billig  
 Bettelinge  
 Nr. 2 Nr. 3, Garn 1000 Nr.  
 25-80 Nr. 1, Pafo-Schnür-  
 jentel 100 Paar 2-3 Nr.  
 Röhre Duden 3-10 Nr.  
 Kerseje Kiesel 18 Nr.  
 1 Dose Erdal 15-90 Nr.  
 alles prima Ware  
 Detail und Engros  
**Bertold Lippert**  
 Heinrichstraße 16  
 Filiale: Oderstraße 17.

**Bitte** bei allen Ein-  
 käufen stets  
 die Inserate anderer  
 Zeitung zu berücksichtigen



Zögern Sie nicht länger, die butterfeine  
 Rama Margarine zu probieren! Für nur  
 50 Pfennig erhalten Sie ein halbes Pfund  
 Rama - mehr als genug, um feststellen  
 zu können, daß diese Margarine wie Butter  
 schmeckt und ebenso ergiebig ist.  
 Sie werden glücklich sein, künftig auf die  
 teure Butter verzichten zu können.

# Rama

MARGARINE butterfein

Die meistgekauftete Margarine-Marke Deutschlands

Zirka 400 fertige  
**Winter-Mäntel**  
 nur die neuesten Modelle  
 verkaufe ich an Private  
**zu ganz enorm billigen Preisen**  
 gegen bar und auf bequeme  
**Teilzahlung**  
 Ein Beispiel meiner Billigkeit  
**Mäntel 14<sup>50</sup> 26<sup>50</sup>** und höher  
**Rob. Hänel**  
 Herrenkleiderfabrik  
 Albrechtstraße 20, 1. Etage (an der Hauptpost).

**Wie der Weltkrieg entstand.**  
 Das amtliche Altmaterial und  
 die Randbemerkungen des Kaisers  
 180 Seiten Preis nur 60 Pf  
 Volkswacht - Buchhandlung

**Druckerei  
 Volkswacht**  
 fertigt  
 moderne Druckfachen  
 Breslau 2, Flurstr. 4/8

# Sinclair-Romane

- Jimmi Higgins brosch. M. 1.00
  - geb. " 2.00
  - Rösig Rohle . . . geb. " 2.50
  - Man nennt mich
  - Simmermann . geb. " 1.30
  - Die Wechler 1/2 Leinen " 2.00
  - 100% . . . 1/2 Leinen " 2.00
  - Der Liebe Pilger-  
 faher . . . 1/2 Leinen " 2.00
  - Die Metropole 1/2 Leinen " 2.00
  - Sinclair
  - Salgenögel . . . lat. " 1.50
- Gesammelte Romane**  
 5 Bände in 1/2 Leinen  
 statt 35.00 M. nur M. 16.00  
**Buch des Lebens** 3 Bände geb.  
 statt 8.00 M. nur M. 3.25  
 (auch auf Buchkarte erhältlich)

# Volkswachtbuchhandlung

Breslau 2, Neue Graupenstraße 5.

**Vorzugspreise!**



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 18. Oktober.

Die Breslauer Eingemeindung.

Wie wir erfahren, hat das preussische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 11. Oktober dem Vorschlag des Ministers des Inneren...

Der Entwurf dürfte bis Ende Oktober dem Staatsrat zugehen, der ihn im Laufe des November beraten wird.

Hinein in die Partei!

Von Schulrat P. Kurz, Neumarkt.

Recht viele Menschen werden in der heutigen Zeit der Krisen und der Kämpfe parteimüde und gehen ihre eigenen Wege.

Anderer wieder suchen sich über die Entscheidung dieser Frage entweder durch nichtsagende Phrasen oder den Hinweis auf die Lösung wichtiger innerer Aufgaben hinweg zu täuschen...

Die Parteileute tun nicht gut, auf diese Einsiedler zu schimpfen. Es sind meist tapfere Menschen, die ihren einsamen Weg gehen...

Ja, wird mir mancher darauf entgegen, gerade diese Menschen aber leben doch praktisch das erlebte neue Leben vor.

Leben wir Christen heute nicht in einer Welt, die sich in ihrer Wirtschafts- und Lebensweise so auswirkt, als ob nie ein Mensch das Wort Liebe gepredigt hätte?

Wir wollen ja nicht die schwere Arbeit am inneren Menschen verneinen und aufgeben. Durchaus nicht! Auch wir wollen Ideen, Reden, Gemeinschaften, Reformbünde bejahen...

Zu dieser Erkenntnis sich durchringen, heißt die Politik, heißt die Partei bejahen!

Auch ein Jesus von Nazareth mußte einst erkennen, daß die Erlösung der leidenden Menschheit nicht durch die Tugend der Klugheit, sondern durch den schweren Weg in die Grafschaft...

In vier öffentlichen Versammlungen nahm gestern Abend unsere Partei gegen den Volksbetrug des Bürgerblocks Stellung.

Im Gewerkschaftshaus

Sprach vor vollbesetztem Saal Genosse E. Stein. Mit dem Hinweis auf die weltpolitische Bedeutung des Wahlfalles 1928, während welchem nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und England das Volk zu entscheiden haben wird...

Nach dem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Stein glaubten sich auch die Kommunisten empfehlen zu müssen.

Im Schlußwort stellte auch Genosse E. Stein fest, daß sich damit kein Weg zur Einheitsfront weise, wenn die Kommunisten ihre Kraft nur auf den Kampf gegen die SPD. verwenden.

In den Zentralballsälen

Sprach vor einer stattlichen Zuhörerschaft Genosse Krumm. Er führte aus, daß es in diesem Winter gilt, die Vorbereitungen zu großen politischen Schlachten zu treffen.

Eine schonungslose Kritik übte Genosse Krumm an den Deutschnationalen, die alles, aber auch alles preisgegeben haben, was sie früher hochhielten und vertraten.

Wir wollen auch nicht hineingezogen werden in irgendeine Koalition gegen Sowjetrußland. Der Redner befahte sich sodann eingehend mit der steigenden Teuerung...

In der darauf folgenden Diskussion erklärte der Kommunist Ehrlich, daß die Kommunisten zu verantwortlicher Mitarbeit bereit seien.

Jeder, der einmal in den verelendeten Massen gestanden hat, denen das mechanisierte und ausgebeutete Leben das Innere ausgezehrt und entzerrt hat...

Ja, es muß gelingen! Das vermag aber in der heutigen Welt nicht der einzelne, nicht die Idee und nicht das Beispiel allein, sondern nur der Zusammenschluß in der Partei...

Gegen die Volksbetrüger!

Bei Bäuer, Gahlfstraße,

Sprach Parteivorstand Genosse Ziegler. Er hielt zunächst einen außenpolitischen Rundblick. Ueberall in der Welt bestehen infolge der kapitalistischen Wirtschafts- und Zollpolitik Spannungen...

In der Aussprache kam der Kommunist Schulz zum Wort, der sich ganz merkwürdig nahm und sachlich verhielt, so daß der Vorsitzende, Genosse Funke, betonte, wenn die Kommunisten sich immer so verhielten, könnte man schon mit ihnen reden.

Im Bergteiler

konnte Abteilungsleiter Genosse Gutte eine gut besuchte Versammlung eröffnen. Als Redner des Abends war Genosse Macho erschienen, der in einem groß angelegten Referat über den Volksbetrug sprach.

In der anschließenden Diskussion konnten der Sprecher der Kommunisten, Abel, und der aus der SPD. herausgesessene Kuhnert, trotz großen Stimmenschwunds sachlich nicht viel hinzufügen.

Parteigenossen! Gewerkschafter!

Die nachstehend aufgeführten Schriften sind zu den angeführten Preisen im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, 2. Etage, Zimmer 36, erhältlich.

Zur Gründung eines Jugendchores

Zur der „Volkswacht“ alle Mädel und Jungs vom neunten Lebensjahr aufwärts zusammen. Ueber Noten und Harmonielehre wird vor allem das Volkstümliche gepflegt werden.

Hebt Solidarität!

Sonntags, den 15. Oktober, kommen junge Parteigenossen aus der Provinz nach Breslau zu dem Kursus des Genossen Gahlfier aus Wien.

Stadt-Medizinrat Rodewald-Waldburg

Am Mittwoch, den 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses über: Die Aufgaben der Kommunisten am Reichstage zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Schulungskursus

Nächster Vortragsabend, Freitag, 20. Okt. 10 Uhr, in der Aula der Gewerkschaftshaus. Vortrag des Genossen Dr. Müller.







# Arbeiter-Sport

**Schwimmverein „Roteiben“**, a. B. Übung, Dienstag, 8 Uhr, Treffpunkt Sonntag früh, 8 Uhr, am Hauptbahnhof, abfahrt 8.30 Uhr. Wer bis 5 Uhr früh das Fahrrad (2,20 Mark) abgeliefert hat, kann auf Jugendfahrten nicht mitfahren. Abfahrt 21.47 Uhr, ab Dienstag.

**Freie Arbeitervereinigungen** Breslau, a. B. Morgen, Freitag, den 14. Oktober, 20 Uhr, Laskenstr. 20 (Kanonenhof) Arbeitsgemeinschaft. Mitglieder aller befreundeten Arbeiter-Sport-Organisationen sind hierzu eingeladen.

**Freie Turnerschaft Breslau**, 4. Jugend-Abteilung, heute abend, 7.30 Uhr, Arbeitsgemeinschaft bei Koldel, Laskenstr. 18.

**Arbeiter-Stadtfahrer-Verein „Solidarität“**, Ortsgruppe Breslau, Sonntag, den 16. Oktober, findet das Zweier-Mannschaftsrennen nach Sechstagerart auf der Straße rund um Dittschin statt. Es haben sich schon eine erhebliche Anzahl Mannschaften gemeldet, es werden noch Meldungen Sonntag früh, auf dem

Ming, entzogenenommen. Jeder Genosse bringt eine Dose mit, Treffpunkt für die Konradler, Konradler und Samariter, 7 Uhr, Ring, abfahrt 7.15 Uhr nach dem Stadt Dittschin.

**Arbeiter-Madonnen-Verein „Solidarität“** Gen. 8. Im Sonntag, den 9. Oktober, hielt der Gau sein Straßen-Mannschaftsrennen auf einer Rennstrecke in der Streblener Gegend ab. Dem Starter gelang es Punkt 10 Uhr die erste Mannschaft auf die Ziellinie zu bringen. Die anderen Mannschaften von drei Minuten folgten die anderen Mannschaften. Die Däufe selbst boten ein interessantes Bild, wobei die Mannschaften Breslau ihre drei Minuten aufholte, aber durch Reibungsfette wieder zurückgeworfen wurde. Die Kontrollen waren auf ihrem Posten, sowie die Samariter unterwegs. Den ersten Platz belegte die Mannschaft aus „Dels“ in 1 Stunde 16 Minuten 33 Sekunden, den zweiten Platz trotz Defekten die Mannschaft von „Breslau“ in 1 Stunde 17 Minuten; den dritten Platz die Mannschaft von „Streblen“ in 1 Stunde 17 Minuten 25 Sekunden.

**Arbeiter-Operario-Gruppe**. Die am letzten Freitag aus technischen Gründen ausgefallene Wertfahrerverammlung findet bestimmt diesen Freitag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, bei

Kaiser-Oberamt, Matthiasstraße 25, statt. Gleichfalls wird schon heute darauf hingewiesen, daß am kommenden Mittwoch, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftsaule die Parteimitgliederperlammlung betreffs des Vortrages „Konrad der Arbeiter Sportinternationale in Dittschin“ stattfindet. Das Erscheinen aller Mitglieder zu diesem Vortrage ist Pflicht.

**Freie Turnerschaft Breslau**, Alle Vereinsmitglieder, auch die Anatholen, bitten zur Sonntag, den 16. Oktober, pünktlich 1 Uhr, auf dem Sportplatz zu sein, um eine Aufnahme der freien Turnerschaft machen zu können. Ab 2 Uhr abtreten 1927 auf dem Sportplatz, abends 7 Uhr, im Saal des „Kanonenhofes“ Wettbewerbe, 100 Meter: Jugend und Sportlerinnen; 5 Kilogramm Kugel, 100 Meter: Frauen und Mädchen; 75 Meter: Handballspiel: 1. Männer — 1. Jugend; Handball: Turner — 1. Männer; 2. Männer — 1. Jugend; Krabben: Turnspiele. Die Wettbewerbe zum 23. Oktober werden von allen durchgehend Vormittags 8 Uhr nach alle Männer, Jugendlichen und Turnerinnen bei Betanber zum Leben. — Sonntag, nachmittags 4 Uhr, 2. Eiferperlammlung bei Bachmann. Besondere Mitteilung erfolgt noch. Wegen Platzmangel können wir nur die Eltern einladen.

## Sanitäten-Anzeigen

**Zentralverband der Maschinisten und Helzer!**  
Am Montag, den 10. Oktober, verstarb die Gattin unseres Verbandskollegen Gerlitz

**Frau Cäcille Gerlitz**  
im Alter von 55 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren  
Die Mitglieder der Geschäftsstelle Breslau,  
Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Pohlenowitzer Friedhofes. 5-8-9

Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden beim Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwester

**Gertrud**  
sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Freundinnen, sowie Herrn Pastor Bederke für die trostreichen Worte am Grabe, der Firma Schuhfabrik Wohlauer und dem Sportverein „Uhu“ unseren herzlichsten Dank. 447 b

**Familie Beyer.**

**Halle wieder Sprechstunden ab:**  
Vormittags 9-10, nachmittags 4-5 1/2

**Dr. Liepmann**  
Weinstraße 37 417H

**Damenhüte**  
sanz besonders preiswert + große Auswahl

**Gustav Thomas** 2809  
Hutfabrik - Umpresserei  
Ketzberg 24 Kätzelhof 35

**Direkt ab Fabrik**

Für die Modedamen den Modemantel

**Herbst- u. Winter-Mäntel** zu billigen Fabrikpreisen

**Wohl & Alexander**  
AM RATHHAUSEN  
KLEINER

**Vorzüger Extra-Rabatt!**

**Druckerei Volkswacht**  
Moderne, zweckmäßige und saubere Auslieferung aller Druckarbeiten preiswert und bei kürzester Lieferzeit

**Breslau 2, Flurstraße 4/6.**

**30 erstklassige Maschinenbauabroller**

für Dieselmotoren und allgemeinen Maschinenbau sofort gefügt. Bezahlung gemäß schließlichem Tarif Quartier für Unverheiratete vorhanden. 10009

Meldungen an unsere Arbeiterannahme-Zentrale.

**Christoph & Unmack A.-G.**  
Abt. Maschinenbau, Alster D. 2.

Wir stellen sofort 10021  
**Seimarbeiterinnen**  
die per Stumpfband u. Stumpfbahlgarnier arbeiten können, bei besserer Bezahlung ein. Weib- u. Vasen 9-12, 4-8  
Edward Friedländer & Co., Reichenstraße 60/61.

**Zurückgekehrt Geheimrat Freund**  
Neue Wohnung  
Kaiser-Wilhelm-Str. 96/99  
12-1. 5/2, 8

**Zurückgekehrt Dr. Otto Fuchs**  
Frauenarzt  
Kaiser-Wilh.-Str. 28 a  
38-0

Ab 15. Oktober halte ich Sprechstunden:  
Vorm 10-13, nachm 18 1/2, 19 1/2  
am Montag, Mittwoch, Freitag  
Sonnab 12-13 nur in dringenden Fällen.

**Dr. med. Korn**  
Stein, Tel. Gr.-Nördlitz 3

**Pfänder-Auktion**  
Montag, den 17. Oktober  
Reithaus Warenstr. 12

**Wer bessert Herren-garderobe aus?**  
Off. u. A. 118 a b Geschäftsstelle b 31g. erb. 562

**Zigarren-Gaus**  
Otto Strobach  
Kospothstr. 9  
Große Auswahl in Zigarrenwaren

**Arbeits-Sofen** 9978  
Koch, Stell, zu jedem Preise, für Zimmerer, Schlosser, Maurer fachmännlich gearbeitet, nur Burgstraße 7, a. d. Universität, Krywalski, Schneidernstr.

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!

**„Frauenwelt“**  
Eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes.  
Preis 30 Pf.  
Zu bestellen bei allen Zeitungsbräunern.

**Gerätschaften**  
Mikrophon 65 Pf.  
Feldhörs mit Bügel 90 Pf.  
Hörerschrauben 30 Pf.  
6 Voltbrennen 10 Pf.  
von Scheel, Leasingstr. 11.

**Damenmäntel**  
relativ, von 15 Mk. an, auch mit Besatz. Beste Ware.  
Urban, Kriehof 1, 2. Stock.

**Arbeitsmarkt**  
Damentinjektion.  
Geübte Näherinnen  
melden sich 4482  
Kriehof, Kriehofstr. 11

In der „Volkswacht“ haben Stellen-Angebote  
infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen großen Erfolg

**W**n Geschmack und Bekömmlichkeit bester Molkereibutter gleich, an Wirtschaftlichkeit ihre weit überlegen, ist die Feinkostmargarine „Blauband“. Sie sollte in keinem gut geführten Haushalt mehr fehlen!

**Blauband**  
richtig gebirt

1/2 Pfund 50 Pfennig.

**Bresson**  
Waldschmied

Unsere billige Woche dauert fort.

**Tägliche Bedarfsartikel gut und billig!**

Besichtigen Sie unsere Schaufenster!

**Richtig kochen**  
müssen Sie Queta, dann schmeckt er ausgezeichnet! Nur einen Eßlöffel auf einen Liter kochendes Wasser, 3-5 Minuten ziehen lassen, dann durchsiehen. Gute Milch erhöht den Genuß. Probieren Sie ihn! Sie werden ihn für Bohnenkaffee halten!

**Queta als Kaffee!**  
Queta Gold mit 40% Bohnenkaffee 1/2 M. 1.20  
Queta Gelb mit 25% Bohnenkaffee 1/2 M. —.90  
Queta Rot mit 10% Bohnenkaffee 1/2 M. —.60  
Queta Grün ohne Bohnenkaffee 1/2 M. —.30

**Bei Hustenreiz Heiserkeit Verschleimung**  
LERNEN SIE JEITZ FÜR SICH!

**Hustosil**  
Katarrh-Bonbons  
Sie schmecken wunderbar und wirken schnell und sicher. Preis 50 Pf., Probebeutel 30 Pf.

Zum Zeichenunterricht in allen Schulen!

**Reißbretter** Scheren + Winkel Maßstäbe + Tuscheln  
Zeichenpapier in Bögen und Rollen  
Alle übrigen Zeichenwerkzeuge „allerhöchster“

**Lessing & Pohl, Breslau I**  
Fernspr. R. 1925. Taschenstraße 20/21.

Qualität vorwärts in Breslau  
Taschens. Taschenstr. 20/21



# Aus aller Welt.

## Ein neuer Spritschieberprozess.

Vor einem Berliner Schöffengericht begann am Mittwoch ein neuer, umfangreicher Spritschieberprozess, dessen Verhandlungsdauer auf acht Wochen angesetzt ist. Die Anklagebart schmieden nicht weniger als 18 Personen. An der Spitze stehen die Inhaber und Geschäftsführer des Stahn-Konzerns und des Simke-Konzerns, die Brüder Robert und Leopold Simke, ihr Geschäftsführer Hamacher, sowie mehrere Geschäftsleute. Neben der Anklage sind Beamte der Zollverwaltung, die sich wegen Bestechung zu verantworten haben, darunter der Oberzollinspektor v. Tilly, Oberzollsekretär Reinicke und mehrere Sekretäre und Assistenten. Der Hauptangeklagte, der Inhaber des Stahn-Konzerns, der Zahnarzt Dr. Stahn, war seinerzeit nach Konstantinopel geflüchtet, wo er jedoch verhaftet wurde. Auf der Rückfahrt wurde Dr. Stahn im Hafen von Maffeln mit einem Raubschuß in seiner Zelle getötet; an der schweren Verletzung ist er auf der Weiterfahrt gestorben. Ob es sich dabei um einen Selbstmord oder ein Verbrechen handelte, konnte bisher nicht reiflich geklärt werden. Die Apotheker Selten und Tropel, die an den Schiebungungen gleichfalls beteiligt waren, sind flüchtig. Selten lebt in Paris.

Die Anklage legt den beiden Konzernen zur Last, daß sie durch Schiebung und durch Bestechung von Beamten von der Zollverwaltung etwa eine Million Liter Spirit auf unrechtmäßigem Wege erhalten und sie an den Spritwecker-Konzern weiterverkauft haben. Die Reichsmonopolverwaltung ist dabei um Millionen betrogen worden. Zwölf Rechtsanwälte stehen den Angeklagten als Verteidiger zur Seite. Die Brüder Simke und Geschäftsführer Hamacher hatten vor kurzem die Durchführung des Prozesses zu hintertreiben versucht, indem sie den Oberzollsekretär Reinicke zu einer Reise in ein Bad veranlassen wollten. Bei dem Versuch, ihm das Reisegeld auszuführen, wurden sie verhaftet.

## Der Leichenfund in Hamburg aufgeklärt.

Der im Zusammenhang mit dem Leichenfund in der Sophienstraße verhaftete 27-jährige Arbeiter Friedrich Richwin hat gestern abend nach langem Leugnen ein Geständnis abgelegt. Nach seinen Angaben will Richwin mit Hofman einen Einbruch in eine Villa an der Sophienstraße verübt haben, und unter einer Bedingung mit ihm auf eine günstige Zeit gewartet haben. An die Tat selbst will er sich nur unklar erinnern können. Nach diesem Geständnis ist der verhaftete Arbeiter Thomas an dem Mord unbeteiligt.

## Eingekerkertes Verfahren.

Das Ermittlungsverfahren gegen den früheren Leutnant Ernst Krull wegen Ermordung von Rosa Luxemburg ist jetzt endgültig eingeleitet worden. Krull sah lange in Untersuchungshaft unter der Anklage gemeinsam mit dem Oberleutnant Vogel Rosa Luxemburg im Januar 1919 ermordet zu haben.

## Ein Selbstmord im Zusammenhang mit der Affäre Kuppolt.

Der in der Nachhabteilung des Amtsgerichts Schöneberg beschuldigte Justizinspektor Schneider hat sich durch Erhängen das Leben genommen. Der Selbstmord soll mit der Affäre des ungetreuen Nachhabverwalters Kuppolt zusammenhängen, mit dem er außerordentlich in Verbindung gestanden habe. Dienlich soll gegen Schneider nichts vorgelegen haben.

## Seltener Fang.

In Schwidellie in der Mark Brandenburg haben dieier Tage Fischer einen Wels von 70 Pfund Gewicht im Netz gefangen. Seine Länge ist 1,83 Meter. Keun Mann waren bei der Bergung des Fanges tätig. Die Fischer machten dieses seltene Exemplar dem Berliner Aquarium zum Geschenk.

## Geschäftsgeheimnis eines „Inflationkaufmanns“.

Vor dem Schöffengericht Kottbus hatte sich der „Kaufmann“ Richard Louis zu verantworten. Die Anklage legte ihm Konkursverbrechen zur Last, begangen durch übermäßigen Aufwand als Geschäftsführer einer G. m. b. H., unübersichtliche Buchführung, nicht rechtzeitige Konkursanmeldung und Untreue gegenüber der Gesellschaft. Die Verhandlung leuchtete noch einmal in die Kreise der Inflationsgewinnler und ihr Treiben, die, wie der Staatsanwalt selbst erklärte, „praktisch auf Kosten der Allgemeinheit, während Hunderttausende in größter Not waren“. Im Jahre 1923 hatte Louis, ein früherer Offizier, in Kottbus eine Kraftfahrzeuggesellschaft mit zwei Millionen Papiermark Stammkapital gegründet, obwohl er von Buchführungen keinen Schimmer und nur ganz geringe kaufmännische Kenntnisse hatte. Zu den Gesellschaftern gehörten nur Leute der „ersten Kreise“ aus Industrie und Großgrundbesitz. Sie leisteten Bürgschaft bei der Giro-Zentrale in Kottbus, die daraufhin einen Kredit von 60.000 Goldmark einräumte. Diese Summe wurde zum größten Teil von Louis zusammen mit den Herren der Bank in der Fische-Lagen verwirrt. Nebenbei wurde der Autokauf betrieben. Auch der Herr Bankdirektor kaufte für die Girozentrale ein Auto und steckte dabei 1600 Goldmark als Provision in seine Tasche. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß Selbstmord damals zum Verkauf eines Autos nötig gewesen seien, denn die Autokäufer, zumal vom Lande, verkehrten damals eben nur in den teuersten Lokalen. In der Zeit von Januar bis Mai 1924 wurden insgesamt 57.000 Mark Geschäftsunkosten“ gebucht, nachdem die Gesellschaft im Dezember 1923 auf 18.000 Goldmark angesetzt worden war. Das Privatkonto von Louis war mit 14.000 Mark überzogen, in den Büchern fanden sich Konten für Hundsfutter, Putzprojektorien usw. Romane-

## Der moderne Krieg.

für den von den Siegerstaaten und ihren Trabanten in größtem Umfange gerüstet wird, soll ein Kampf der chemischen und technischen Mittel werden. Wie die meisten anderen Staaten, hat auch Polen mit französischer Förderung die Gaswaffe stark ausgebaut, wozu kürzlich stattgefundenen umfangreiche Mannöver Kenntnis gaben. Die polnische Armee hat alle modernen Gaswaffen und Abwehrmittel. Unter Bild zeigt eine mit Gasmasken versehene polnische Maschinengewehrabteilung im Gefecht.



lang wohnte Louis mit Frau und zwei Kindern im teuersten Hotel der Stadt, wo er täglich acht bis zwölf Mark für ein Mittag- oder Abendessen bezahlte. Der Giro-Zentrale wurde das Treiben schließlich zu bunt, sie holte sich den verpfändeten Bestand von Automobilen ab, worauf Louis Konkurs anmeldete. Wegen Mangel an Masse mußte das Konkursverfahren eingestellt werden. Das Urteil gegen diesen Inflationkaufmann lautete auf 2000 Mark Geldstrafe.

## Verbrechen oder Unglücksfall?

Der D-Zug Nr. 14 lief gestern abend mit einer offenstehenden Tür auf dem Seiltiner Bahnhof ein. Nachdem sämtliche Fahrgäste den Zug verlassen hatten, fand man in dem offenstehenden Wagen zwei herrenlose Köpfe. Die Strecke wurde nun abgelaucht und man fand zwischen Berlin und Jopernid die Leiche eines Mannes. Der Schädel war zertrümmert und beide Beine abgefahren. Die Papiere des Toten lauten auf einen Kapitän Bodrich aus Belling in der Uckermark. Es steht noch nicht fest, ob es sich um ein Verbrechen oder um einen Unglücksfall handelt.

## Doppelter Todessturz vom Kirchturm.

An dem durch Witterungseinflüsse schadhaft gewordenen Kirchturm in Frauenwald bei Jümenau werden gegenwärtig Erneuerungsarbeiten ausgeführt. Dabei stürzte ein Teil des Gerüsts ein und zwei Arbeiter, die sich zurzeit des Einsturzes auf der höchsten Spitze des Turmes befanden, stürzten ab. Sie waren sofort tot.

## Der Rügener Gendarmenmörder verhaftet.

Am 2. Oktober hatte ein unbekannter Mann in Wiskirch auf der Insel Rügen einen Landjäger, der ihn wegen eines Fahrrad-diebstahls verfolgt und gefasst hatte, durch zwei Schüsse getötet. Der Tat sringend verdächtig war ein gewisser Alfred Kraher, geboren 1901 in Gablitz. Gestern früh wurde nach einer Meldung des Berliner Tageblattes aus Prag Kraher in Schumburg verhaftet.

## Ein neuer Domela-Streich.

### Wie der falsche Prinz seinen Anwalt hineinlegte.

Harry Domela, der falsche Prinz, hat es anscheinend für gut gehalten, aus der Verlenkung, in die er nach seiner Aburteilung und nach der Beschlagnahme des Prinzenbildes auf dem Domela-Buch gefallen war, neu aufzustehen. Diesmal wendet sich sein Wig und Geist, der ihm in gewissen Blättern noch nachgerühmt wurde, gegen seinen Anwalt, der ihm wahrhaftig viel Gutes erwies und ihn für eine Zeitlang finanziell sichergestellt hatte. Es wurde seinerzeit in weiten Kreisen der Rechtsanwältelchheit besprochen, daß Domelas Verteidiger, der Kölner Rechtsanwalt von der Heyden, über seine Pflicht als Anwalt hinaus sich darum bemühte, aus Domelas Streichen Kapital zu schlagen. So schrieb er denn unter Domelas Namen ein Buch, schloß Verträge mit Varietés und Filmunternehmern ab und reiste im Flugzeug und auf der Eisenbahn zum Wohle des falschen Prinzen in ganz Deutschland umher. Das Domela-Buch soll allein ein Fizum von 5000 RM. erbracht haben, außerdem wurde ein entsprechender Prozentsatz des Erlöses der abgesetzten Exemplare für Domela und von der Heyden vereinbart. Denn der Anwalt hatte sich dem bekannt gewordenen Hochkapler natürlich auch nicht nur aus Liebe zur Sache verfahren und sogar mit ihm einen Vertrag, nach dem ihm aus den vermittelten Einnahmen 50 v. H. zustehen sollten.

Soweit wäre die Sache in Ordnung! Was aber tat Domela? Als er wieder vor die Frage gestellt wurde, zu arbeiten oder zu darben, legte er sich mit einem zweiten Anwalt in Berlin zusammen, mit dem er den Vertrag nach allen Richtungen hin durchhöberte. Und siehe da: es fand sich eine Klausel, auf Grund deren Domela den Vertrag anschießen konnte. Harry, der pfiffige Landwirtssohn, konnte nicht nur, sondern wollte auch, und als der Kölner Anwalt auf raschestem Wege nach der Spreestadt eilte, um seinen Schützling unzustimmen, kehrte er sich auf den juristischen Standpunkt. Das vielleicht weniger aus dem Grunde, weil er auf eine prozessuale Erledigung rechnete, sondern vielmehr

schlau sagte, daß sich der Kölner Anwalt mit einer Klage gegen ihn nach allen Regeln der Kunst blamieren würde. So soll, wie eine Kölner Zeitung zu melden weiß, von der Heyden betrübten Sinnes und reicher an Erfahrung dem undankbaren „Prinzen“ den Rücken gewandt haben.

## Erdbeben in Oesterreich und Italien.

In der Nacht zum Mittwoch, kurz nach Mitternacht, wurde in Swadorf bei Wien ein Erdbeben verspürt, das mit einem dumpfen Rollen verbunden war. Die Bewohner flüchteten zum größten Teil aus den Betten ins Freie. — In Rom wurde ein Beben, das etwa 15 Sekunden andauerte, am Dienstag nachmittag um 3,45 Uhr verspürt. In Rom wurde kein Schaden angerichtet, dagegen wurden in mehreren Ortschaften, darunter Livoli, einige Häuser beschädigt. — In den späten Abendstunden des Dienstag wurden auch in Belgrad und Umgebung drei Erdstöße beobachtet, die mehrere Sekunden andauerten.

## Wettrennen über den Ozean.

Der Heinkel-Einbender „D 1220“ ist am Mittwoch um 1,21 Uhr, vom Piloten Metz gesteuert, zu einem Langstreckenflug aufgefliegen, der bis nach den Azoren führen soll. Im Bord befinden sich außerdem der Junker Bod und der Bordmonteur Hobbe. Die Maschine führt Betriebsstoff für über 30 Stunden Flugzeit mit. Voraussichtlich werden Zwischenlandungen in Amsterdam und Lissabon vorgenommen. Kurz nach zwei Uhr nachmittags überflog das Flugzeug die Kieler Bucht und gelangte um drei Uhr an die Unterelbe, wo wegen eines Schadens am Rührer eine Landung vorgenommen wurde.

Die beiden französischen Flieger Coste und Le Bris sind am Mittwoch morgen an St. Louis am Senegal zum Weiterflug über den Ozean nach Natal bzw. Pernambuco in Brasilien aufgefliegen. Die von ihnen zu bewältigende Ozeanstrecke beträgt 3200 Kilometer.

Das Flugzeug der Miss Francis Grayson ist am Mittwoch morgen mit dem Militärflieger Stuk und einem Bordmonteur von Old Orkney zum Weiterflug nach Kopenhagen aufgefliegen. Voraussichtlich wird in Island eine Zwischenlandung vorgenommen werden.

Der Weiterflug des am Mittwoch bei Brunsbüttel gelandeten Heinkel-Wasserflugzeugs D. 1220 soll, nach den hier verbreiteten Meldungen am Donnerstag früh erfolgen. Die nächste Etappe der Flugmaschine ist angeblich Lissabon. Von dort soll die Fahrt nach den Azoren weitergehen.

## Die amerikanischen Flugzeuge verunglückt?

Von den beiden amerikanischen Ozean-Flugzeugen, die am Mittwoch nach Europa gestartet sind, fehlt bisher jede Nachricht. Man befürchtet deshalb das Schlimmste.

## Entreffen des Paris-Bangkok-Fliegers in Athen.

Wie dem Luftschiffahrtsamt aus Athen gemeldet wird, ist dort gestern nachmittag der französische Flieger Challe gelandet.

## Feuer im Seebad.

In dem bekannten Seebad Ocean City bei Newyork brach in der Nacht zum Mittwoch ein gewaltiges Großfeuer aus, dem die Häuser von acht Straßenreihen zum Opfer fielen. Das Feuer verbreitete sich sehr rasch, da die Gebäude alle sehr leicht gebaut waren. Auch mehrere Hotels sind ein Opfer der Flammen geworden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

## Der Kampf um die Schachmeisterschaft.

Die erste der Schachpartien um die Weltmeisterschaft, die in Buenos Aires zwischen Aljechin und Capablanca ausgetragen wird, wurde nach 61 Zügen von Aljechin gewonnen. Damit steht das Spiel 2:2 bei 7 remis.

## Der Ueberfall auf den Salomon-Inseln.

Zu den Aufständen der Eingeborenen und dem Ueberfall auf den Regierungsdampfer „Aut“ auf der Insel Malaita (Salomon-Gruppe) meldet die „Daily Mail“: Die Eingeborenen überfielen den Dampfer in ihren Kriegskanus. Sie waren mit Kriegsarben bemalt. Es wird angenommen, daß der Aufstand auf religiöse Gründe zurückzuführen ist. Die Eingeborenen sind der Meinung, daß die Seelen der früher in den Kämpfen mit den Weißen Getöteten sie zur Rache aufgefordert hätten. Die Behörden treffen Verteidigungsmassnahmen. Der Kreuzer „Adelaide“ wird am Freitag erwartet. Der 9700-Tonnen-Dampfer „Biloela“ wird am Freitag von Sidney mit Vorräten und Munition für einen umfangreichen Feldzug abfahren.

## Beduineneuerfälle.

Ein Beduinestamm, der im Südtel von Französisch-Syrien ein Lager bezogen hat, unternimmt Streifzüge an der Grenze von Palästina, in deren Verlauf mehrere Dorfbewohner getötet oder verwundet wurden.

## Vom Erdbeben in Oesterreich.

Streifen mit zerstörter Häuser in Schwab bei Wien.



**Romstau**  
100 Tassen aus 1/2 Pfund für 30 Pf.  
Gesund wie das tägliche Brot!



# Drohungen des Unternehmertums.

Seitdem die Reichsregierung die Erhöhung der Beamtengehälter beschlossen hat, geht das Inflationswort von der Schraube ohne Ende wieder um. Man will mit ihm die Arbeiterkraft einschüchtern und Lohnerhöhungen verhindern.

Deshalb ist es notwendig festzustellen, daß die von den Arbeitern verlangte Lohnerhöhung nichts mit der Erhöhung der Beamtengehälter zu tun hat. Die Lohnerhöhung ist begründet durch die seit Anfang des Jahres 1927 eingetretene unerhörte Teuerung, gegenüber der Löhne weit zurückgeblieben sind. Der Großhandelsindex für Textilien machte im Januar 1927 nur 155,7 aus, im August 1927 betrug er aber 170,1; der Index für Schuhe stieg von 130 auf 187,1 an, der für Glas, Porzellan und Siedgut von 144 auf 160,6 und der für Konsumgüter von 150,9 auf 162.

Im Verlauf des Jahres 1927 wurde zweimal die Miete um je 10 Prozent gehöhert. Jedes Paar Schuhe, jedes Stüd Wäsche und Kleidung ist teurer und das Brot kleiner geworden, das Fett und das Fleisch kosten mehr als früher. Dem Arbeiter will man aber beibringen, daß er durch Lohnerhöhungen die Konjunktur verschlechtert. Ein solches Gerücht ist purer Schwindel. Eine Konjunktur kann nur durch Überproduktion der Unternehmer gefährdet werden, entweder durch Überproduktion oder durch Überverschuldung. In erster Linie sind es gerade die hohen Preise und die niedrigen Löhne, die der Konjunktur Abbruch tun können. Je weiter Preis- und Lohnentwicklung zu Gunsten der Unternehmer auseinandergehen, um so größer werden die Unternehmerrgewinne und damit aber auch die Überproduktion und die Überverschuldung. Immer ist es die Entschingung übermäßiger Gewinne in der Konjunktur, die schließlich die Krise erzeugt. Diese Krise wird umso heftiger und schädlicher, je größer die Gewinne waren. Also nicht hohe Löhne, sondern hohe Preise bei niedrigen Löhnen und großen Gewinnen erschöpfen die Konjunktur. Wahr ist allerdings: werden die Löhne den steigenden Preisen angepaßt, so geschieht das auf Kosten der überhöhen Unternehmerrgewinne. Aus diesem Grunde erklärt sich das Geschrei des Unternehmertums über die von der Arbeiterkraft verlangten Lohnerhöhungen.

Im Wirklichen ist die Anpassung der Löhne an den gegenwärtigen Preisstand geradezu eine Notwendigkeit, wenn man die Konjunktur erhalten will. Man soll nur nicht glauben, daß man das im Schoße der gegenwärtigen Reichsregierung nicht weiß. Aber die Herren in unserer famolen Reichsregierung dürfen das nicht zugeben, weil ihnen ja sonst ihre industriellen und agrarischen Auftraggeber etwas anderes sagen würden. Umsonst hat man ja diese Regierungscoalition nicht zusammengebracht und umsonst fühlt man sie nicht.

Werden die Löhne den Preisen angepaßt, so steigt selbstverständlich zunächst der Lohnanteil an den Gesamtproduktionskosten. Die Selbstkosten werden größer. Deshalb wird aber noch lange nicht weniger produziert. Vorausgesetzt, daß die Preise stabil gehalten werden, sinkt allerdings der jetzige übermäßige Unternehmerrgewinn. Gerade das ist aber Zweck aller Lohnerhöhungen. Die Arbeiterkraft soll an den gegenwärtigen Konjunkturgewinnen beteiligt werden.

Nun behaupten allerdings die Unternehmer, daß bei Lohnerhöhungen auch die Preise steigen müssen. Wenn das wahr ist, müßte die Arbeiterkraft sich jede Lohnerhöhung zweimal überlegen. Der Satz von den steigenden Preisen bei höheren Löhnen ist aber falsch. Erhöht man die Löhne, so entsteht nämlich keine neue Kaufkraft, die die Preise, sofern die Produktion sich gleich bleibt, in die Höhe treiben könne. Es wird nur Kaufkraft, die bisher Unternehmerrgewinn war, in Konsumkraft verwandelt, die jetzt den Massen und dem Massenhaushalt zugutekommt. Es wird auch, wenn die Löhne erhöht werden, nicht weniger produziert, sondern es werden jetzt nur andere Dinge produziert, nämlich weniger Produktionsmittel und mehr Konsumartikel. Weil die Gesamtkaufkraft aber gleichbleibt und auch die Gesamtproduktion sich nicht verringert, können auch die Preise nicht steigen.

Wir möchten in diesem Zusammenhang vielmehr behaupten, daß die Preise sinken werden und zwar umso stärker, je stärker man die Löhne erhöht. Wenn nämlich durch die höheren Löhne die Selbstkosten der Unternehmer steigen, so wollen sie doch nicht darauf verzichten, mit ihrem in der Produktion angelegten Kapital dieselben hohen Gewinne zu machen wie früher. Nun kann im ganzen genommen auch bei den höheren Löhnen nicht mehr verkauft werden als früher. Weil am einzelnen verkauften Stück Ware aber durch die Lohnerhöhungen zunächst weniger Unternehmerrgewinn hängen bleibt, die Unternehmer aber den gleichen hohen Gewinn wie früher haben wollen, verschärft sich naturgemäß die Konkurrenz, der Wettbewerb. Es muß also zu niedrigeren Preisen angeboten werden, damit der Absatz größer wird und trotz niedriger Preise für das Unternehmertum der frühere Gesamtgewinn herauskommt.

Wenn aber die Preise sinken müssen, während die Löhne steigen, so wird bald der Punkt kommen, wo Preis- und Lohnniveau ausgeglichen sind. Je schneller dieser Punkt erreicht wird, umso schneller gelundet auch die Konjunktur, umso sicherer wird man die Konjunktur stabilisieren.

Die Arbeiterkraft soll also über das Inflationswort von der Schraube ohne Ende nur lächeln; sie braucht sich wegen des Trommelfeuers, das Generaldirektoren und Professoren, Rechts-Blodregierung und bürgerliche Presse im Anschlag an die Lohnbewegungen der Gewerkschaften auf sie loslassen, keine Sorge zu machen. Der Kampf um höheren Lohn ist nur allzu berechtigt und nur zu sehr notwendig. Eine Sorge der Arbeiterkraft ist nur berechtigt und zwar die, wie sie die Lohnkämpfe auf sicher gewinnt. Die deutschen Gewerkschaften sind heute eine große wirtschaftliche Kampftruppe. Aber Millionen von Arbeitern stehen immer noch außerhalb der Gewerkschaften, sind aus Unkenntnis heraus unorganisiert und in physischer Angst bereit, den Kämpfen in den Rücken zu fallen oder nicht mit ihren Kollegen in den Kampf zu gehen. Das ist nicht nur eine Gefahr für die Arbeiterkraft, sondern nachdem, was wir über den Zusammenhang zwischen Preisen und Löhnen ausgeführt haben, auch eine Gefahr für die Volkswirtschaft und die Konjunktur.

# Wirtschaft.

## Eine 40 Millionen-Dollaranleihe der Rentenbankkreditanstalt.

Die Rentenbankkreditanstalt steht mit der National City Co. wegen Übernahme einer 40 Millionen-Dollaranleihe in Verhandlungen. Der Abschluß wird in den nächsten Tagen erwartet. Wie es heißt, soll die Anleihe mit 6 Prozent verzinst werden. Der Auszahlungskurs beträgt 92 Prozent.

Nach einer amerikanischen Schätzung hat Deutschland in den drei Jahren, so lange der Dawesplan funktioniert, Bondsanleihen in einem Gesamtbetrage von 880 Millionen Dollar in Amerika aufgenommen. Dazu kommen weitere Darlehen in Höhe von 100 Millionen Dollar, die durch private Banktransaktionen und Kredite aufgebracht worden sind.

Der Verband deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten wird von einer nord-amerikanischen Bankgruppe eine Anleihe in Höhe von 10 Millionen Dollar übernehmen. Der Auszahlungskurs beträgt, wobei alle Kosten berücksichtigt sind, 90,2 Prozent. Die Verzinsung stellt sich auf 6 1/2 Prozent. Für die Kreditnahme kommen in Frage die Lippeische, braunschweigische, hessische, nassauische und die thüringische Landesbank, die Landesbanken in Westfalen, Niederhessen und Oberhessen, die Provinzialbank Kammern die Landkreditkassen Kassel und die Kreditanstalten sächsischer Gemeinden.

Die Deutsche Bau- und Bodenkreditbank verhandelt mit einer amerikanischen Bankgruppe wegen Übernahme einer 7 1/2 Millionen-Dollaranleihe. Aus der Anleihe sollen Tilgungssparpaktien für den Kleinwohnungsbau gewährt werden. An der Deutschen Bau- und Bodenkreditbank, der früheren Wohnstättenbank, ist das Reichsarbeitsministerium beteiligt.

## Auch das rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk erhöht seine Dividende.

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) wird wahrscheinlich seine Dividende für das letzte Geschäftsjahr von 8 auf 10 Prozent steigern. Die Erhöhung der Dividende dürfte durchaus den erhöhten Produktionsziffern entsprechen. Aus der Dividendensteigerung bei dem RWE ergeben sich aber äußerst interessante Folgerungen für die Roddergrube, die im rheinischen Braunkohlengbiet gelegen ist. Nach einem abgeschlossenen Vertrag garantiert das RWE der Roddergrube eine Dividende von 24 Prozent. Erhöht aber das RWE seine Dividende über 8 Prozent hinaus, so hat es der Roddergrube einen Betrag zur Verfügung zu stellen, aus dem diese eine drei mal so hohe Dividende als das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk zahlen kann. Demnach wird die Roddergrube für das Geschäftsjahr 1926/27 die Rekorddividende von 30 Prozent verteilen, vorausgesetzt, daß das RWE wirklich die Dividende von 8 auf 10 Prozent erhöht.

Wenn das RWE im Jahre 1920 diesen Vertrag mit der Roddergrube abschloß, hatte es dafür seine Gründe. Die Roddergrube ist ein höchst rentables Unternehmen, sicherlich haben sich seine Ertragsziffern im letzten Geschäftsjahr unter der Gunst der Konjunktur stark gesteigert. Das dürfte auch für die übrigen Braunkohlenwerke gelten. Der starke Widerstand der Braunkohlenunternehmer gegen Lohnerhöhungen wird dadurch nur unbegreiflicher.

# Soziales.

## Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Der Wahlkampf um die Vertrauensmänner in der Angestelltenversicherung hat begonnen. Es stehen sich zwei Parteien gegenüber: Der sogenannte Hauptauschluß für die soziale Versicherung der Angestellten, dem hauptsächlich der D.S.V., B.M.V. und der G.D.V. angehören, und der Afabund, umfaßend in erster Linie den Bntab, den D.W.V. und den F.D.V. Grundtätliche Unterschiede bestehen zwischen ihnen in der Auffassung über den Aufbau und die Leistungen der Angestelltenversicherung. Der Hauptauschluß verteidigt die Haltung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, während der Afabund tatkräftig sich gegen den Luxus einer Vergebung von Geldern der Angestellten und der Wirtschaft wendet. Denn eine Vergebung von Teilen der Angestelltengehälter bedeutet die Finanzpolitik der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Eine soziale Versicherung muß von sozialen Gesichtspunkten aus handeln und sie darf nie und nimmer wie ein privatkapitalistischer Betrieb geleitet werden. Der soziale Sinn der Angestelltenversicherung muß Leitgedanke bei allen Leistungen und Kapitalanlagen bleiben. Es geht nicht an, daß die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ein Kapital von über ein halbes Milliarden anhäuft, sich aber weigert, für eine Verbesserung der Gegenleistungen, also der Ruhegehälter und Hinterbliebenenrenten, einzusetzen und eine sozialere Auffassung, in der Genehmigung und Durchführung der Heilberufersanträge einzuführen. Sind doch im Jahre 1926 allein 20 191 Anträge = 38,2 v. H. abgelehnt worden. Die Durchführung des Heilberufersantrages entspricht in keiner Weise den berechtigten Ansprüchen der Versicherten. Die Durchschnittsrente für die arbeitsunfähigen Angestellten beträgt 54 Reichsmark.

Was der Afabund erreichen will, ergibt sich aus seinem Wahlprogramm, aus dem wir das Wesentlichste hier anführen:

1. Ausdehnung der Angestelltenversicherung auf die Angestellten aller Berufe.
2. Erhöhung der Renten ohne Beitragserhöhung.
3. Herabsetzung der Wartezeit für den Rentenbezug von zehn auf fünf Jahre.
4. Herabsetzung der Altersgrenze vom 65. auf das 60. Lebensjahr.
5. Volle Anrechnung der beitragsfreien Zeiten bei Stellenlosigkeit.
6. Verhinderung willkürlicher Abrechnung von Heilberufersanträgen durch gezielte gekürzte Rechtsanträge.
7. Schutz der Versicherten gegen unsoziale Anlage ihrer Beitragsgehälter.
8. Billige Darlehen an die Angestellten, insbesondere zum Wohnungsbau.
9. Schaffung eines ehrenamtlichen Vorstandes, zwei Drittel Versicherte, ein Drittel Arbeitgeber.
10. Reform des Vertrauensmännerwesens, seine Arbeit als Vertrauensmänner.
11. Abschaffung des indirekten Wahlwesens, Einführung des Wahlsystems durch die Versicherten.

Die Angestellten werden bei den Wahlen der Vertrauensmänner im November zu empfinden haben, daß die Verwaltungsgremien der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Vertreter wählen wollen, die für eine Verbesserung der Angestelltenversicherung eintreten, wie sie sich aus dem Afabundprogramm des Afabundes ergibt, oder ob sie damit einverstanden sind, daß die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ein unsozialistisches und kapitalistisches Wahlsystem wählt.

## 355 000 Hauptunterstützungsempfänger in der 2. Septemberhälfte.

In der zweiten Septemberhälfte ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 303 000 auf 286 000 zurückgegangen, die der weiblichen von 78 000 auf 69 000, die Gesamtzahl von 381 000 auf 355 000. Der Gesamt rückgang beträgt also rund 26 000 gleich 6,8 v. H. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) hat sich im gleichen Zeitraum von 426 000 auf 406 000 vermindert. Der Gesamtrückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat September beträgt rund 49 000 gleich 12,1 Prozent. Ueber die Kranksicherung liegt eine neuere Angabe nicht vor.

## Die Herren Direktoren der Reichsbahn haben es nicht eilig.

Die Reichsbahngesellschaft hat es bis jetzt noch immer nicht für nötig gehalten, einen Verhandlungstermin zur Neuregelung der Löhne anzusetzen. Der Herr Generaldirektor läßt sich Zeit. Will die Reichsbahn dadurch, daß sie den Organisationen die kalte Schulter zeigt, den Eisenbahnarbeitern sagen, daß sie alle Hoffnung auf Lohnerhöhung aufgeben sollen? Die Neuregelung der Eisenbahnerlöhne ist fällig, sie ist notwendig, sie ist möglich.

Der August-Abschluß der Reichsbahngesellschaft zeigt auf seiner Einnahmeseite wieder ein Rekord-Ergebnis. Personenverkehr 153 944 000 Mark, Güterverkehr 275 441 000 Mark, sonstige Einnahmen 31 969 000 Mark, zusammen 461 354 000 Mark. Ausgaben: Persönliche Ausgaben 176 478 000 Mark, jährliche Ausgaben 115 992 000 Mark, Ausgaben für Erneuerung der Anlagen 62 449 000 Mark, Ausgaben der Betriebsrechnung 354 919 000 Mark. Für die ersten acht Monate des laufenden Jahres betragen die Gesamteinnahmen 3 263 108 000 Mark, Ausgaben 2 576 876 000 Mark. Betriebsüberschuß 686 232 000 Mark. In Wirklichkeit dürfte der Überschuß noch größer sein. Die Gesellschaft hat bis zum August für Erneuerung 413,4 Millionen Mark bereitgestellt. Für den gleichen Zweck hat sie im ganzen Jahre 1926 nur rund 456,8 Millionen benötigt. Dieser Aufwand ist dem normalen zu sein. Bezeichnend ist die Gesellschaft im Geschäftsbericht für 1926, daß sie mit diesem Betrage ihre Verpflichtungen, die Reichsbahnanlagen ordentlich zu unterhalten und zu erneuern, voll erfüllt habe. Haben die unverhältnismäßig hohen Ausgabenziffern in diesem Jahre etwa den Zweck, den Betriebsüberschuß nicht zu groß erscheinen zu lassen? Die Liquidität des Reichsbahnunternehmens ist größer denn je. Nach dem Abschluß vom August und nach den mit Sicherheit zu erwartenden guten Resultaten der kommenden Monate ist die Haltung der Gesellschaft gegenüber den Lohnforderungen ihrer Arbeiter, gelinde gesagt, unverständlich.

Die Forderungen der Eisenbahnarbeiter sind berechtigt. Sie müßten einen Ausgleich für die geringeren Löhne der Nebenerhaltung und eine Bezahung der größeren Arbeitsleistung, durch die allein erst solche Rekordeinnahmen wie im Juli und August möglich gewesen sind.

## Die Berliner Brauereiarbeiter lehnen den Schiedspruch ab.

Der Streit geht weiter.

Die Urabstimmung unter den kreisförmigen Berliner Brauereiarbeitern, die am Mittwoch durchgeführt wurde, hat mit einer streichen Mehrheit eine Ablehnung des am Dienstag erteilten Schiedspruches ergeben. Von den 5831 organisierten Brauereiarbeitern haben 5021, oder rund 85 Prozent, für die Weiterführung des Streiks und nur 789 für die Arbeit gestimmt. Es ist nunmehr damit zu rechnen, daß auf Grund dieses Abstimmungsresultates eine Verschärfung des Kampfes eintritt. Die Lohn-

kommission der Brauereiarbeiter wird heute paratrag zusammen treten und die weiteren Maßnahmen beschließen.

## Die Verhandlungen in der Holzindustrie ebenfalls gescheitert.

Die am Mittwoch erfolgten Versuche, in dem Lohnkreis der Berliner Holzindustrie eine Verständigung herbeizuführen, scheiterten ebenfalls. Es sind nunmehr zur Beilegung des Konflikts Schlichtungsverhandlungen in Aussicht genommen.

## Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

Die 3. Vierteljahrsgeneralversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Breslaus, konnte sich mit der Ernung mehrerer 25 Jahre-Jubilare befassen. Den alten treuen Mitgliedern wurde eine Anerkennungsurkunde ausgehändigt.

Der Arbeiterssekretär Kollege Hahn, hielt einen Vortrag über Erwerbslosenversicherung und Kranksicherung. Ausgehend von dem bisherigen gescheiterten Zustand schilderte der Genannte die eingetretenen Veränderungen auf diesem für die Arbeiterkraft so wichtigem Gebiet. Aufbau der Versicherung, Aufbringung der Mittel, Ansprüche der Versicherten, Aufbau der Verwaltungsbehörden aus Streitigkeiten usw. wurden von dem genannten Redner kurz, klar und deutlich der Versammlung dargelegt, die dem Redner nach Schluß seines Vortrages reichen Beifall spendete.

Kollege Medlin gab den Geschäftsbericht und ging dabei auf die zur Zeit brennendsten Fragen der gewerkschaftlichen Organisation ein. Die vielen Differenzen in den Betrieben betreffend Lohn- und Mantelarbeitenbestimmungen zeigen die Einstellung der Arbeitgeber. In einer Reihe von Industrien sind auch Differenzen bezüglich der Ueberstundenbezahlung. Betreffend der Schaffung von Arbeitsordnungen mußte die Organisation mehrmals eingreifen. Vortragender verweist darauf, daß in einer Anzahl von Betrieben die Arbeiterkraft die Betriebsratswahlen vernachlässigt hat. Für die Funktionäre ist der Besuch der Betriebsratskonferenzen in diesem Winterhalbjahr Pflicht. Die Organisation gibt den Funktionären im Betriebe auch genügend geistiges Rüstzeug zur Hand, das hoffentlich im Sinne der Organisation ausgeführt wird. Es wird auch auf die Krankenkassenwahlen im Monat November dieses Jahres besonders verwiesen und auf die Wichtigkeit derselben für die Arbeiterbewegung nachdrücklich hingewiesen. Redner geht noch auf die Tätigkeit der Angestellten im weitläufigen Bezirk des Verbandes ein. Bedauert den zum Teil schlechten Versammlungsbesuch im Verwaltungsbereich Breslau. Kassierer Kollege Jlobinski gab den Kassenbericht. Aus demselben war zu entnehmen, daß die Organisation sich aufwärts und vorwärts entwickelt. Die Kasseneingänge sind gestiegen, Ausgaben durch Abflauen der Arbeitslosigkeit zurückgegangen. Auch ist eine gute Mitgliederzunahme zu verzeichnen.

Kollege Herstein gibt den Verwaltungs- und Kassenbericht. Er betont das zehnjährige Bestehen innerhalb der Verwaltung und gibt bekannt, daß die Revisionen die Kasse, Bücher, Belege, Wertzeichen und Gelder geprüft, und für richtig befunden haben. Er beantragt demzufolge Entlastung des Kassierers.

Nach der Debatte, die sich hauptsächlich um höhere Löhne drehte, wird der Antrag der Revisionen auf Entlastung einstimmig angenommen. Zum Schluß der Tagesordnung wird eine Resolution verlesen, die an den A.D.G.B. gerichtet, das Wirken für Herabsetzung der Altersgrenze bei der Alters- und Invalidenversicherung auf 60 Jahre verlangt. Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

Ein weiterer Antrag zur Beilegung der Lohnforderungen von 20 v. H. wird nach Darlegung der Finanzlage abgelehnt. Damit schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die Zahl der Arbeitlosen in Deutschland beträgt gegenwärtig 11 275 000 und unter Arbeitlosen in Berlin ca. 11 275 000 gegenüber 12 051 im Vormonat.



